Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36. Sonnabend, den 8. September 1906. 10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: **Münster:** Platz Mosecker. **Köln:** Dombau. **Rothenburg a. d. Tauber:** Die Eckhardschen Betriebe. **Bautzen:** Firma Zenker. **Kaiserslautern:** Platz Helfrich. **Unsen:** Firma Mensing. **Schmalkalden:** Platz Kellermann. **Kenzingen:** Platz Diefenbacher. **Mainz:** Platz Zehrlaut (Kunststeinfabrik), weil Kollegen auf Grund der schwarzen Listen nicht eingestellt resp. entlassen wurden. **Elberfeld-Barmen:** Werkplatz Stang. **Wenig-Rackwitz:** Platz Neumann. **Kesselsdorf:** Platz Schubert.

Mainz. Streik dauert fort.

Mannheim. Der Streik der Marmorarbeiter, Firma Ehmüller, dauert fort. Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Würzburg. Der Streik im Kalksteingebiet von Würzburg und Umgebung dauert unverändert fort. Die Unternehmer versuchten in letzter Woche im Maintal die Kollegen auf mehreren Sandstein-Werkplätzen unter Androhung von sofortiger Entlassung zu bewegen, Kalksteine zu verfertigen. Die betreffenden Kollegen haben dies jedoch zurückgewiesen. Kollegen meidet deshalb, solange dieser Kampf nicht beendet ist, das ganze Maintal.

Amorbach. Bei der Firma Hüttig (roter Sandstein) dauert der Streik unverändert fort.

Nürnberg. Die Aussperrung im Baugewerbe dauert fort, teilweise werden dadurch auch die Steinmetzen getroffen.

Neuenstein (Württemberg). Bei der Firma Geprägs stehen die Kollegen im Streik. Arbeitswilligendienste verrichten die Herren Friedrich Thaler und Georg Koppenhöfer.

Düsseldorf. Sandsteinmetzen stehen im Streik.

Oberdorla. Streik der Brecher und Räumer erledigt, es wurde ein Akkordtarif vereinbart mit minimalen Erhöhungen der bisherigen Preise. Der Ausstand der **Mühlhauser Steinmetzen** ist damit ebenfalls erledigt. Da nun nach Angabe der Firma resp. deren Vertreter der Geschäftsgang ein ungünstiger ist und die Streikenden momentan nicht alle untergebracht werden können, so werden die Kollegen ersucht, **die beiden Orte zu meiden.**

Zur Gestaltung der Arbeitskammern in Deutschland.

Der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform hat soeben zehn Gutachten „bewährter Sachverständiger" über die Gestaltung der Arbeitskammern in Deutschland veröffentlicht. Eins dieser Gutachten ist derart, daß es angebracht erscheint, etwas näher darauf einzugehen.

Zunächst sei daran erinnert, daß sich der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für paritätisch zusammengesetzte Vertretungen der Arbeiter und Unternehmer — Arbeitskammern — ausgesprochen hat. Bekanntlich herrschten auch unter den Gewerkschaftlern Meinungsverschiedenheiten darüber, ob paritätische Arbeitskammern oder reine Arbeiterkammern zu erstreben seien. Die Entscheidung fiel für die letzteren.

Maßgebend für die Beantwortung jener Frage mußte vom Standpunkte der Arbeiter sein, von welcher dieser beiden Körperschaften am sichersten eine nutzbringende Tätigkeit erwartet werden könne. Dabei handelt es sich um die Machtbefugnis bei der Durchführung des Arbeiterschutzes. Denn Gutachten abgeben und Anträge stellen können die Arbeiter schon jetzt durch ihre Gewerkschaften. Und die Beachtung, welche derartige Kundgebungen finden, hängt schließlich nicht davon ab, ob sie von staatlich gestempelten Körperschaften ausgehen, sondern davon, welche Macht hinter ihnen steht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat denn auch seinerzeit beantragt, daß den neuen Körperschaften das Recht zur Errichtung von Arbeitsnachweisen, zum Erlaß von Schutzvorschriften und zur Kontrolle bezüglich der Beachtung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen verliehen werde. Der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform hat den Arbeitskammern u. a. folgende Aufgaben zugewiesen: Als Hilfsstelle der Verwaltungsbehörde soll die Arbeitskammer bei der Arbeitsvermittlung, der Durchführung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung mitwirken. Bei der Arbeitsvermittlung werden ihre Aufgaben in der Uebernahme von Verwaltungsfunktionen, bei der Arbeiterschutzgesetzgebung in der Unterstützung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei ihrer Kontrolle der Gesetzesausführung zu bestehen haben. Hinsichtlich der Arbeiterversicherung wird in Erwägung zu ziehen sein, ob die Arbeitskammern nicht als „Unterbau" der gesamten Versicherung dienen können.

Einer der „bewährten Sachverständigen", deren Gutachten der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform eingeholt hat, ist der Vorsitzende des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Köln, Regierungsrat Sayffaerth. Dieser Herr hat sich seine Meinung über die Aufgaben, welche den Arbeitskammern zuzuweisen sein werden, nach der Kaiserlichen Botschaft vom 4. Februar 1890 gebildet. Diese spreche von Regelung gemeinsamer Angelegenheiten, Wahrnehmung der Interessen, Austausch von Wünschen oder Beschwerden und Aufklärung der Verhältnisse. Demnach sollen die Arbeitskammern eine rechtzeitige, Streit vorbeugende Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeiführen, den bereits ausgebrochenen Streit unter denselben schlichten, Maßnahmen der Verwaltung oder Gesetzgebung bei den Behörden anregen und Gutachten den Behörden erstatten. Dagegen scheint dem Herrn Regierungsrat für eine „von gewisser Seite" erhobene Forderung sowohl nach dem Inhalt der Kaiserlichen Botschaft als auch nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen innerhalb der Arbeitskammer ein Platz nicht vorhanden zu sein, nämlich für eine Beaufsichtigung der Betriebe, für eigne Anordnungen oder Verbote und für weitere Ueberwachung des Arbeiterschutzes oder Ausgabe von Unfallverhütungsvorschriften. Dafür seien die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Berufsgenossenschaften bestellt, denen in das Handwerk zu pfuschen doch schwerlich ersprießlich sein dürfte und welche zu ersetzen eine Interessenvertretung solcher Art gewiß nicht geeignet wäre.

Der Herr Regierungsrat glaubt offenbar, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten und Berufsgenossenschaften sowie die Polizei ihre Aufgaben im Interesse des Arbeiterschutzes auf das beste erfüllen. Er weiß nicht, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten im Laufe eines Jahres nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Betriebe zu sehen bekommen, daß die meisten Berufsgenossenschaften fast ganz versagen, sobald es sich um einen wirksamen Arbeiterschutz handelt, und daß unsre hohe Polizei zwar sehr eifrig beim Schutze der Streikbrecher ist, von dem Schutze andrer Arbeiter aber oft genug recht wenig versteht. Alles das weiß dieser Herr nicht — und doch ist er für den Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform ein „bewährter Sachverständiger".

Uns weshalb können die Arbeiterkammern nicht dafür sorgen, daß die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes getroffen werden? Weil kontrollieren, befehlen und untersagen, belehrt uns der Herr Regierungsrat, nur besonnene, unparteiische, leidenschaftslose Leute dürfen. Kläger können, fährt er fort, nicht Richter in eigner Sache sein. Wenn die Wortführer der Sozialdemokratie dafür eintreten, daß namentlich auch das Ueberwachungsrecht der Arbeiterschaft selber gebühre, dann behaupten sie immer, sie hätten Grund, das Unternehmertum irgendwelcher Handlungen oder Unterlassungen zu beschuldigen. Wie glauben sie, fragt er weiter, dann gerecht beurteilen zu können, ob wirklich die Angegriffenen sich Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen oder säumig gewesen sind? Von solcher Ueberwachung mit ihren Voraussetzungen und Folgen könne also nimmermehr die Rede sein, wenn die Arbeitskammern dem Frieden und der Freiheit dienen sollen, wenn sie mit den Behörden Hand in Hand gehen wollen.

So schreibt der Vorsitzende eines Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, der als solcher mit Beisitzern, welche von den Arbeitern selbst gewählt sind, tagtäglich zusammen arbeitet und aus dieser seiner amtlichen Tätigkeit wissen muß, daß die Vertreter der Arbeiter sich auch dann, wenn es sich um die Wahrung wichtiger Interessen der Arbeiter handelt, als „besonnene, unparteiische, leidenschaftslose Leute" bewährt haben. Dieselbe Erfahrung ist allseitig bei den Gewerbegerichten gemacht worden, obgleich hier gerade „irgendwelche Handlung oder Unterlassung" der Unternehmer gegen Arbeiter in Frage kommt. Daher kann es für einen vorurteilslosen Sachverständigen nicht zweifelhaft sein, daß die Arbeiter fähig sind, auch für die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in zweckmäßiger Weise zu sorgen.

Am bezeichnendsten ist aber, daß der Herr Regierungsrat kurz vorher für die Berufsgenossenschaften als eins der berufenen Organe zum Erlaß von Arbeiterschutzbestimmungen und zur Ueberwachung der Betriebe eingetreten ist. Die Berufsgenossenschaften sind Unternehmerorganisationen, und die Unternehmer sind an der Sache genau so interessiert wie die Arbeiter; die Unternehmer freilich gegen den Arbeiterschutz, die Arbeiter für den Arbeiterschutz. Trotzdem hat der Herr gegen die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften, also der Unternehmer, in Sachen des Arbeiterschutzes nichts einzuwenden. Sein Gerechtigkeitseifer erwacht erst in dem Augenblick, da die Arbeiter hier, wo ihre Gesundheit und ihr Leben auf dem Spiele steht, ein entscheidend Wort mitsprechen wollen.

Der Herr Regierungsrat sieht eben in erster Linie nicht auf das, was im Interesse der Arbeiter geschehen muß, sondern darauf, daß die Arbeitskammern dem Frieden und der Freiheit, wie er sie sich vorstellt, dienen und mit den Behörden Hand in Hand gehen. Für ihn ist der — Landrat (der preußische Landrat!) der Mann, dessen sozialpolitischer Fürsorge die Arbeiter am meisten bedürfen. Demnach ist der Landrat oder Oberbürgermeister und sein Stellvertreter „auch hier fraglos die geeignetste Persönlichkeit", die den Arbeiterkammern als Obervormund gesetzt werden und alle Streitfragen zwischen den Arbeitern und Unternehmern, „worüber nur höheren Orts zu befinden ist", entscheiden soll.

So der „bewährte Sachverständige" des Ausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform. Die Arbeiter aber können sich ohne weiteres denken, welch ein Werk zustande kommen muß, wenn solche Arbeiterfreunde daran mitarbeiten.

Aus den sächsischen Gewerbeinspektionsberichten.

Die vor wenigen Tagen erschienenen Jahresberichte der sächsischen Fabrikinspektoren für 1905 sind den in den letzten Jahren herausgegebenen nicht nur äußerlich bis auf die Einteilung der einzelnen Abschnitte durchaus ähnlich, auch inhaltlich gleichen sie den früheren. Wie bisher, so sind auch die diesjährigen Berichte in der Hauptsache eine nach echt bureaukratischer Manier angefertigte Zusammenstellung ebenso trockener wie dürftiger Angaben und Zahlen. Wie hineingepreßt in das übliche Schema erscheinen die Mitteilungen der Aufsichtsbeamten, und man gewinnt den Eindruck, als sei bei diesem Verfahren jeder frische Zug, jeder Versuch einer lebendigeren Schilderung der Zustände und jede freiere Meinungsäußerung herausgequetscht worden. Wer in den sächsischen Berichten ein lebendig gezeichnetes Bild von den wirtschaftlichen Zuständen oder dem Arbeiterleben sucht, wird den etwa 450 Seiten starken Band völlig unbefriedigt beiseite legen, nachdem er die trostlose Oede der Berichte kennen gelernt hat. Und wer schon in früheren Jahren solche Versuche angestellt hat, wird finden, daß in fast allen Berichten dieselbe beinahe nichtssagende Art der Mitteilungen wiederkehrt, dasselbe Bemühen zu finden ist, mit allgemein und vorsichtig gehaltenen Redewendungen über Dinge hinwegzugleiten, die in einem Fabrikinspektionsberichte eingehend und freimütig behandelt werden müßten.

Wie in früheren Jahren, so tritt auch in den jetzt vorliegenden Berichten die Absicht deutlich zutage, die Arbeiterbewegung und alles, was mit ihr zusammenhängt, möglichst zu ignorieren. Ganz lassen sich allerdings die Gewerkschaften heute nicht mehr übergehen, aber wo sie flüchtig gestreift werden, geschieht es fast nur bei Mitteilungen über Streiks. Hier beschränkt man sich zumeist auf Zusammenstellung einiger Angaben, die den ominösen Anstrich jener frostigen Objektivität haben, die stark an Polizeiberichte erinnert. Es werden danach „Streiks inszeniert", und wo die Polizei Unternehmern helfend beisprang, „mußte" sie immer eingreifen oder von der Waffe Gebrauch machen, die Arbeitswilligen beschützen, zur Arbeit begleiten usw. Der Herrenstandpunkt der Unternehmer mag bei Ausständen in schroffster Art zutage getreten sein, die Fabrikinspektoren finden dafür kein Wort des Tadels.

Dagegen wird es immer ausdrücklich als Kontraktbruch bezeichnet und hervorgehoben, wenn Arbeiter einmal ohne Einhaltung der Kündigungsfrist in den Ausstand treten. Daß die durch Massenaussperrungen zutage getretenen brutalen Maßregeln der Unternehmer weit schlimmer sind, dafür fehlt den sächsischen Fabrikinspektoren anscheinend jedes Verständnis. Ganz nach der Art der Unternehmerpresse fehlt bei den Streikberichten selten eine Angabe über angebliche Lohnverluste; von der großen Bedeutung der gewerkschaftlichen Kämpfe für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und zur Abwehr von Lohndrückereien haben die sächsischen Fabrikinspektoren anscheinend keine Ahnung. Es scheint ihnen auch jedes Verständnis für die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und der hohen sittlichen Mission des Zusammenschlusses der Arbeitermassen zur Erreichung gemeinsamer Ziele, zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu fehlen.

Mehrfach findet man in den Berichten, daß Lamentationen der Unternehmer über die Arbeiter als bare Münze kritiklos wiedergegeben werden. Dasselbe geschieht vereinzelt mit unverständigen Aeußerungen einzelner Arbeiter, die vom Unverstand der Massen noch befangen sind, gegen die Arbeiterschutzgesetze. Charakteristisch dafür ist folgende Stelle im Berichte aus dem Bezirke Plauen, aus dem besonders viel Verständnislosigkeit für die Arbeiterfragen spricht:

> Gelegentlich der Revisionen in **Steinbrüchen** haben sich Steinbrecher mehrfach darüber beklagt, daß sie täglich nur 10 Stunden arbeiten dürften und daß diese Verkürzung der Arbeitszeit für sie mit einem nicht unbeträchtlichen Lohnausfalle verbunden sei. Im Winter wäre es meist nicht möglich, länger als 7 bis 8 Stunden zu arbeiten; auch müsse bei ungünstiger Witterung die Arbeit oft gänzlich ruhen, so daß sich schon früher im Jahresdurchschnitte kaum eine längere als 10stündige Arbeitszeit ergeben habe. Es sei dann möglich gewesen, den Ausfall durch Ueberarbeit während der günstigen Jahreszeit entsprechend auszugleichen. Der Hinweis auf die seinerzeit vor Erlaß der Bekanntmachung vom 20. März 1902 (R.-G.-Bl. S. 71) durch den **Steinarbeiterverband** vorgebrachten Wünsche wurde dahin beantwortet, daß letztere wahrscheinlich von jungen, heißblütigen Leuten, die keine Familie zu ernähren hätten, ausgegangen seien. — In einem Steinbruche, wo die Steinbrecher über die Unzulässigkeit der 11stündigen täglichen Arbeit verständigt wurden, erhielt der revidierende Beamte zur Antwort: „Und wenn wir täglich 24 Stunden arbeiten, geht dies niemand etwas an."

Es soll gar nicht bezweifelt werden, daß derartige Aeußerungen wirklich gefallen sind. Aber es ist charakteristisch, daß gerade solche Vorkommnisse hervorgehoben werden, während sonst die Berichte einen starken Mangel an Wirklichkeitsschilderungen offenbaren. Die Art, wie

hier Aeußerungen unverständiger Arbeiter gegen die Arbeiterschutzgesetze und die Steinarbeiterorganisation ausgespielt werden, kann nur Unternehmern Freude bereiten. Ein solches Verfahren ist um so sonderbarer, weil es von einer Stelle ausgeht, deren besondere Aufgabe es ist, die Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen. Hätte übrigens der betreffende Fabrikinspektor den Steinarbeitern den Tatsachen entsprechend berichtet, daß die Steinbruchsordnung erlassen worden ist, nachdem auf Grund umfassender Erhebungen nachgewiesen worden war, daß im Steinarbeiterberufe als Folge der langen Arbeitszeit die Lungenschwindsucht in erschreckendem Umfange ausgebreitet sei und auch andere Krankheiten zahlreiche Opfer fordern, dann hätte die Antwort der Steinbrecher schwerlich so lauten können, wie angegeben wird. Jeder, der sich der umfassenden Eingabe des Steinarbeiterverbandes mit seinen furchtbar erschreckenden Zahlen und den ernsten sachkundigen Darlegungen erinnert, muß die Redensart von den jungen, heißblütigen Arbeitern für deplaziert halten. Der sächsische Fabrikinspektor schreibt sie aber schmunzelnd nieder. Ein solches Verhalten ist kennzeichnend dafür, wie sächsische Gewerbeaufsichtsbeamte Arbeiterfragen beurteilen.

Aus diesen Auslassungen geht hervor, daß unsere Kollegen über die Notwendigkeit einer gesetzlich geregelten Arbeitszeit teilweise noch ungenügend informiert sind. Wir müssen unsere Kollegen immer wieder auffordern, tragt für die Durchführung der Bundesratsverordnung mehr als es bisher geschah, Sorge.

Zentrumspartei und christliche Gewerkvereine sind eins!

Der Essener Katholikentag, wir berichteten in letzter Nummer darüber, richtiger genannt der Zentrumsparteitag, wurde eingeleitet mit einem Arbeiterfestzug und anschließenden Versammlungen, in denen kräftig für das Zentrum agitiert wurde. Es ist von gewerkschaftspolitischem Interesse festzustellen, was für Redner in diesen Arbeiterversammlungen Zentrumsagitation betrieben. Als Redner, Versammlungsleiter oder Arrangeure für die Zentrumspartei wirkten:

Giesberts, Redakteur des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften.

Schiffer, I. Vorsitzender des obersten Ausschusses der christlichen Gewerkschaften und des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Stegerwald, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften.

Köster, I. Vorsitzender des christlichen Bergarbeitergewerkvereins.

Wieber, I. Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Kurtscheid, I. Vorsitzender des christlichen Holzarbeiterverbandes.

Effert, Generalsekretär des christlichen Bergarbeitergewerkvereins.

Imbusch, Redakteur des Bergknappen.

Kloft, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftskartells Essen.

Außer diesen an erster Stelle stehenden Gewerkvereinsführern waren für den Zentrumsparteitag als Redner tätig, die Gewerkvereinsagitatoren zweiter Garnitur Gronowski-Dortmund, Bissels-Essen, Gilsing-Bochum, Ulsamer-Krefeld, Kliever-Mülheim, Meyer-Düsseldorf usw.

Wenn die christlichen Gewerkvereinsführer es mit ihrer gewerkschaftlichen Anschauung vereinbaren können, für eine Partei zu agitieren, die der Arbeiterschaft den unerhörten Lebensmittelzollwucher beschert hat, so ist das ihre Sache, was uns aber nicht abhält, immer wieder zu betonen: Wer arbeiterfreundlich ist, darf keinen Zollwucher betreiben und unterstützen!

Abgesehen davon haben wir die Rednerliste des Zentrumsparteitages mitgeteilt, um das enge Verhältnis zwischen Zentrumspartei und Gewerkvereinsleitung zu offenbaren. Wenn Mitglieder der freien Gewerkschaften als Angehörige der sozialdemokratischen Partei für diese agitieren, dann schreibt die Gewerkvereins- und Zentrumspresse, das sei ein Beweis für die „sozialdemokratische Unterjochung" der freien Gewerkschaften. Nun aber sehen wir auf dem Zentrumsparteitag der Reihe nach die bekanntesten Gewerkvereinsführer und die ersten Beamten der Gewerkvereine als Zentrumsagitatoren auftreten.

In diesem Umfange hat noch keine politische Partei die hervorragendsten Gewerkschaftsführer zu Parteitagsreferenten herangezogen. Der erste Vorsitzende des „Gesamtausschusses der christlichen Gewerkschaften", Herr Schiffer, ist dann auch in den Zentralvorstand des deutschen Zentrumswahlvereins (Volksverein) gewählt worden! Herr Schiffer bekleidet bei den christlichen Gewerkschaften dieselbe Stellung wie Legien bei den freien Gewerkschaften. Also sind die Spitzen der Zentrumsparteileitung und der Gewerkvereinsleitung vereinigt! Eine so enge Verbrüderung zwischen Partei und Gewerkschaft existiert bei keiner anderen politischen Partei, nur beim Zentrum.

Sind die christlichen Gewerkvereinsführer und Zentrumsparteiler etwa Uebermenschen? Werden sie als Gewerkvereinsführer nicht alles tun, um ihre Gewerkvereine für ihre Partei auszunutzen? Gewiß tun sie das, daher auch die Gewerkvereinspresse sich ängstlich hütet, die lebensmittelverteuernde, reichsschuldenvermehrende, sozialgesetzlich rückschrittliche Tätigkeit der Zentrumspolitiker zu brandmarken. Darüber wird der Mantel parteigenössischer Liebe gedeckt. Um so fester wird auf die „Anderen" losgeschlagen.

Hans Braun, der Wahrheitsliebende.

Der Redakteur Hans Braun von der christlichen Münchner Gewerkschaftsstimme schimpft beinahe in jeder Nummer auf die „Roten". Ginge es nach ihm, so wären die Zentralverbände schon längst vernichtet. Dieser Mann, welcher von Beruf Steinmetz ist, war auch früher, nach seinen eignen Angaben, Mitglied unsrer Organisation, und ärgert sich jetzt lediglich über unsre Fortschritte. Ueberall, insbesondere in katholischen Gegenden, errichten wir Zahlstelle um Zahlstelle, und das scheint den christlichen Wortführern recht unangenehm zu sein; deshalb die Wut gegenüber dem „roten Steinarbeiterverband". In der Nr. 34 schreibt Hans Braun in seinem Blatte nun folgendes:

„Der Steinarbeiter erzählt den Unternehmern und in läppischer Art dem Herrn Hans Braun, daß sich für die rote Verbandskasse ein neuer Goldstrom aufgetan habe und ihre finanzielle Lage geradezu eine glänzende sei. Um die Lage unsrer streikenden Kollegen (gemeint sind die paar christlichen organisierten Steinmetzen im Muschelkalkgebiet. Red. des Steinarb.) nicht zu schädigen, wollen wir weitere Randglossen an den „glänzenden finanziellen Witz" des Steinarbeiter nicht anknüpfen, und wünschen wir nur, daß uns (den Christlichen) und allen Streikenden in diesem Kampfe (Muschelkalkstreik) die Enttäuschung vom Streike an der Bergstraße im Odenwald erspart bleibe."

Hans Braun erzählt seinen Lesern, wir hätten im Steinarbeiter geschrieben, „für unsre Verbandskasse hätte sich ein neuer Goldstrom aufgetan". Diese Auslassung ist einfach schlankweg erfunden.

Um unsre Leser selbst urteilen zu lassen, geben wir wörtlich die Stelle wieder, auf die Braun abzielt. In Nr. 33 des Steinarbeiter schrieben wir gegen die Arbeitgeberzeitung, die uns vorwarf, unsre Kollegen stellten unerhörte Lohnforderungen, einen Abwehrartikel. Am Schlusse desselben heißt es:

„Wir kennen z. B. einen hervorragend tätigen Unternehmer im Meisterverband, der macht Exempel um Exempel auf, um nachzuweisen, unsre Hauptkasse könne den finanziellen Verpflichtungen bei den jetzigen Streiks nicht mehr nachkommen. Das ist die reine Eselsweisheit. Ja, ihr Herren Meister, die Leitung des Steinarbeiterverbandes ist schon seit Jahren bemüht, die Finanzen so zu gestalten, daß sie allen Ansprüchen gerecht werden kann. Wir können den Unternehmern verraten und dem Herrn Hans Braun von der Münchner Gewerkschaftsstimme mit, daß unser Verband finanziell noch niemals so glänzend dastand wie jetzt, und das trotz der vielen Kämpfe. Ja, die Steinarbeiter haben es in den letzten Jahren verstanden, ihren Verband äußerst leistungsfähig zu gestalten.

Nach der Unternehmerpfeife zu tanzen, ist nicht unsre Art."

Von den neuen Goldströmen ist also in diesen Zeilen nichts enthalten. Der gut christliche Hans Braun brachte es fertig, seinen Lesern etwas aufzutischen, was wir nicht geschrieben haben. Die stärkste Seite bei Braun scheint Wahrhaftigkeit nicht zu sein.

Im Odenwald, bei Kreuzer u. Böhringer, wurden unsre Kollegen, nachdem sie vier Wochen Verbandsmitglieder waren, wegen Ausübung des Koalitionsrechts ausgesperrt. Hans Braun macht aus der vorgenommenen Aussperrung, veranlaßt durch die Unternehmer, einen Streik der Steinarbeiter. In diesem Falle, Herr Braun, muß es sich um eine bewußte Lüge handeln, denn auch Ihnen war bekannt, daß die Firma K. u. B. in schmählichster Weise die Steinarbeiter wegen Verbandszugehörigkeit aufs Pflaster warf.

Im vorigen Jahre schrieben wir, unser Verbandsvermögen beträgt 180 000 Mk., Hans Braun schrieb in seinem Organ, das sei nicht wahr. Braun bestritt unsern hohen Kassenbestand, ohne für seine Behauptung nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. War denn Herrn Braun nicht bekannt, daß bei uns jedes Verbandsmitglied alljährlich einen sehr umfangreichen Geschäftsbericht bekommt, woraus der Bestand des Verbandsvermögens auf Heller und Pfennig ersichtlich ist?

Wir schrieben in Nr. 40 (1905) folgendes.

„Den paar christlich organisierten Steinarbeitern wird echt christlich vorgelogen, und zwar wissentlich, unser Verbandsvermögen betrage keine 180 000 Mk. Wir erklären Herrn Braun, den verantwortlichen Redakteur der Gewerkschaftsstimme, solange als einen Lügner, bis er in der Lage ist, das Gegenteil beweisen zu können."

Der Hieb saß. Braun wußte, daß, wenn er seine ausgesprochene Behauptung beweisen sollte, er mächtig hineinfallen würde.

Also, Herr Braun, bitte in Zukunft etwas mehr Wahrheit in der Polemik.

Ein christlicher Verleumder, der seine Heldentat einsah.

Eine klatschendere Ohrfeige hat wohl noch nie eine Sonderorganisation durch einen ihrer Getreuen erhalten, als der Christliche Verband keramischer Arbeiter durch folgende Erklärung:

Ehren-Erklärung.

Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit, daß meine Behauptung, der Vertrauensmann des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sei von den Unternehmern bestochen worden, **jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Behauptung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften zu diskreditieren und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.**

Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Verzeihung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegentreten zu wollen.

Ernst Richter, Görnischestraße 34,
Mitglied des Christl. Verbands keram. Arbeiter.

Seit einiger Zeit wurden in Meißen von den christlichen Auchorganisierten schamlose Verleumdungen über den Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes, Gen. Schneider, kolportiert. Man warf ihm vor, er habe sich bestechen lassen von einem Unternehmer. Deshalb sei der Streik so schnell beigelegt worden, und ähnliche Räubergeschichten. Lange wollte es nicht gelingen, einen der Burschen so zu fassen, daß man ihn zur Rechenschaft ziehen konnte. Endlich gelang es und Genosse Schneider lud den Erwischten vor den Friedensrichter, wo der Erwischte völlig zerknirscht gestand, daß er nur anderen nachgeredet hätte, und himmelhoch bat, ihn nicht vor den Richter zu bringen. Er unterschrieb dann die Erklärung, die im Meißner Tageblatt und im Volksfreund auf seine Kosten veröffentlicht wurde. Der Fabrikarbeiterverband hat im letzten Jahre in Meißen ganz gewaltige Fortschritte unter Leitung Schneiders zu verzeichnen. Er zählt nahezu 2000 Mitglieder. Das hat den Neid des armseligen christlichen Organisationchens wahrscheinlich hervorgerufen, wie ja aus der Ehrenerklärung zur Evidenz hervorgeht.

Immerhin ist es anerkennenswert, wenn sich Richter veranlaßt sah, seine Verdächtigungen zurückzunehmen.

Von den Christen gibt es noch eine Sorte die ausgesprochene Unwahrheiten nicht zurücknehmen.

Zum Kampf im Kalksteingebiet.

Noch ist eine Aenderung dieses schweren, wirtschaftlichen Kampfes nicht eingetreten, sondern mit immer schärferen Maßnahmen wird auf beiden Seiten gekämpft. Aber wer trägt die Schuld, daß hier eine Verständigung beider Teile nicht zustande kommen kann? Die Arbeiterschaft sicher nicht, denn diese hat schon dreimal versucht, Unterhandlungen in die Wege zu leiten, aber immer war es das Unternehmertum, das die Arbeiter nicht mal einer Antwort würdigte. Nun war für den 3. September eine Versammlung der Unternehmer anberaumt und man hätte glauben können, da die Lohnkommission vor einigen Wochen einen revidierten Tarif an die Unternehmer einreichte, daß sie Veranlassung hätten, dazu Stellung zu nehmen. Aber es scheint, daß bei einigen dieser Herren der Machtdünkel immer stärker einsetzt, denn in den letzten Tagen zirkulierte bei sämtlichen Unternehmern folgendes Schriftstück:

Berlin, Linkstraße 15, den 27. August 1906.

An die Mitglieder des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte und sonstiger Interessenten des Würzburger Muschelkalksteinreviers.

Da die Verhältnisse im Muschelkalksteinrevier ziemlich unverändert liegen, so wird von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die für den 3. September d. J. geplante Bezirksversammlung zu verschieben und dieselbe später, **vielleicht im Oktober oder November abzuhalten,** die früher gefaßten Beschlüsse aber bis dahin aufrecht zu erhalten, und zwar:

1. Kein Geschäft darf Arbeitnehmer, auch wenn solche ordnungsgemäße Entlassungspapiere haben, andrer Firmen der vom Streik betroffenen Reviere einstellen **ohne ausdrückliche Genehmigung des früheren Arbeitgebers.** Etwa aus Versehen eingestellte Arbeitnehmer sind nach Bekanntwerden oder nach Aufforderung des bisherigen Arbeitgebers **sofort wieder zu entlassen.** Etwa dagegen verstoßende Arbeitgeber haben in jedem Fall und für jeden Mann sofort 50 Mark an die Verbandskasse des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte zu zahlen.

Jeder streikende Arbeitnehmer hat, wenn er wieder Arbeit sucht, zuerst unbedingt bei dem von ihm verlassenen Arbeitgeber anzufragen und darf erst eingestellt werden, wenn er dort keine Arbeit gefunden hat.

2. Es soll möglichst dahin gewirkt werden, daß organisierte Arbeitnehmer **vor der Wiedereinstellung aus der Organisation der Steinarbeiter austreten.** Bezügliche Maßnahmen bleiben den einzelnen Geschäften überlassen.

Sollten Sie mit obenstehendem Vorschlag nicht einverstanden sein, so ersuchen wir Sie um Ihren umgehenden Bescheid, da wir andernfalls annehmen, daß Sie mit Obigem einverstanden sind

Hochachtungsvoll
Das Geschäftsamt des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte.

Ob nun die Arbeitgeber ihren früheren Beschluß hochhalten oder die Versammlung weiterhin vertagen, konnten wir bis zum Schreiben dieser Zeilen nicht in Erfahrung bringen. Aber eins ist sicher, daß sich hier die größten Unternehmer, die doch immer „Herr im Hause" sein wollen, von den Kleinmeistern beeinflussen lassen. Wie weit der Geschäftssinn dieser Leute reicht, mag die Aeußerung eines dieser Herren zeigen, der erklärte: „Am 3. ham mir in Randersacker Kerwa (Kirchweih), da könna mer nit zu dera Versammlung!" Die Zukunft wird zeigen, daß es die Arbeiter dieses Gebietes verstehen, den scharfmacherischen Tendenzen dieser Herren die Spitze zu brechen. In der letzten Woche versuchten nun die Unternehmer, die ja in den fränkischen Sandsteingebieten überall Werkplätze besitzen, dort die Kollegen durch Drohungen mit sofortiger Entlassung zu bestimmen, Kalksteine zu verarbeiten. Aber größtenteils mußten sie unverrichteter Sache abziehen, denn das Solidaritätsgefühl der Arbeiter geht weiter, als der Geldbeutel der Unternehmer. Kollegen, folgt allerorts diesem Beispiel und weist jede Streikarbeit zurück.

Die Streikleitung. J. A.: Seb. Sauer.

Bericht der Bezirkskonferenz in Kaiserslautern.

Auf Einladung der Gauleitung tagte am 26. August in der Löwenburg zu Kaiserslautern eine Bezirkskonferenz für die Pfalz. Vertreten waren sämtliche Zahlstellen der Pfalz, mit Ausnahme von Elmstein. Von der Zentralleitung war Kollege Siebold anwesend. Um 10 Uhr morgens eröffnete Gauleiter Kraft aus Mannheim die Konferenz mit der Tagesordnung: 1. Die Bewegungen in diesem Jahre und unsre fernere Taktik; 2. Wie betreiben wir in Zukunft unsre Agitation; 3. Das neue Statut und unser Stand in den Zahlstellen. Als erster Vorsitzender fungierte Willacker-Dürkheim, als zweiter Vorsitzender Jäger-Speyer und als Schriftführer Friedrich Backus-Alsenz. Zum ersten Punkt erhielt Gauleiter Kraft-Mannheim das Wort. Er schilderte zuerst in weit ausgehenden Worten seine Aufgabe als Gauleiter und kam dann auf die Bewegungen in der Pfalz und deren Tarifabschlüsse zu sprechen. Der Streik in Alsenz wurde nach 17wöchigem Kampfe abgebrochen, weil die Unternehmer ihre Aufträge sonst anfertigen ließen. Dann ging er auf das Tarifwesen in der Pfalz ein und kam auf den Kaiserslauterer Vertrag zu sprechen, welcher ja einstweilen die Grundlage für die ganze Pfalz sei. Derselbe sei noch sehr mangelhaft, indem er noch auf das Akkordsystem aufgebaut sei, mit garantiertem Stundenlohn von 50 bis 60 Pfg.

Kraft glaubt, wo in der Pfalz solche Verträge zum Abschluß kämen, daß dann erst recht die Wurmkrankheit eintrete und Mißstände zutage treten, die er als Gauleiter zu beseitigen nicht imstande wäre. Es sei daher Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, mitzuwirken, um alle diese Mißstände abzuschaffen. Scharf kritisierte er das Verhalten und Gebaren der Unternehmer von Alsenz, da dieselben nicht einmal diesen mangelhaften Vertrag anerkannten, trotzdem derselbe in einer Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Neustadt a. Hardt und Kaiserslautern festgelegt wurde und von sämtlichen Unternehmern der Pfalz unterzeichnet wurde, mit Ausnahme der Steinhauermeister von Alsenz. Weiter führte Kraft aus, daß wir auch ein gewisses Anrecht haben, in der Pfalz den direkten Stundenlohn einzuführen. Dieses wäre aber bloß dann möglich, wenn wir eine andre Taktik einschlegen. Wir müssen uns mehr an die Grundlage der Statuten halten und nicht soviel ungerechte Forderungen an die Zentralleitung und Gauleitung stellen. Als Beispiel führte er an, daß manche Kollegen glaubten, sie wären gemaßregelt, was aber in den meisten Fällen wirklich nicht zutreffe. Ferner gab Kraft noch bekannt, daß im nächsten Frühjahr einige Verträge in der Pfalz ablaufen und wir die nötigen Vorarbeiten treffen sollen. Dazu sei auch die heutige Konferenz angesetzt. Es sollen daher jetzt schon alle Zahlstellen der Pfalz Stellung dazu nehmen. Es gilt, sämtliche Kollegen zu organisieren und mehr Einigkeit unter den Kollegen selbst zu pflegen. Es wurde dann zur Diskussion über den 1. Punkt geschritten, zunächst erhielt Kollege Siebold das Wort. Er schildert die Verhältnisse in Süddeutschland nach seinen Erfahrungen in der Zentralleitung. Wohl habe Kraft ein großes Gebiet, und die Zahlstellen könnten dem Gauleiter das Leben sauer machen. Denn bei jedem Vorkommnis werde der Gauleiter verlangt, und wenn diesem Rechnung getragen werde, sei der Gauleiter innerhalb kurzer Zeit total ruiniert. Etwas mehr Selbständigkeit innerhalb der Zahlstellen sei sehr notwendig. Wolle man einen

Tarifabschluß für die ganze Pfalz erreichen, dazu gehöre eine andre Grundlage, als wie sie die jetzt bestehenden Zahlstellen abgeben. Die größte Zahl dieser vegetiere bloß und alles Heil verlange man vom Gauleiter und Zentralvorstand. An einzelnen Beispielen aus dem Gau sucht Siebold dieses zu beweisen. Auch bei Aufstellung von Forderungen solle weitsichtiger verfahren werden, hierher gehöre die Beobachtung der Vorgänge im Unternehmerlager, unsre Kollegen springen gewöhnlich mit beiden Beinen zugleich ins Feuer, unbekümmert darum, was rechts und links vorgehe, und nachher sind Gauleitung und Zentralvorstand die Karnickel. Willacker-Dürkheim führte aus: Kraft und Siebold haben angeführt, daß die Zahlstellen sich mehr auf sich selbst berufen sollen, um Mißstände zu beseitigen. Ich wünsche, daß mehr Aufklärung geschaffen wird, um all diesen Mißständen vorzubeugen. Alsenz ist uns das Schmerzenskind für die ganze Pfalz durch die Schmutzkonkurrenz der Alsenzer Steinhauermeister. Die Unternehmer glauben, wenn sie die Führer stürzen, dann fallen alle andern nach. Es ist darum Pflicht der Zentralleitung und der Gauleitung, der Zahlstelle Alsenz unter die Arme zu greifen, damit dieselbe hochgehalten wird, und zwar im Interesse der ganzen Pfalz. Unsre Parole muß heißen: Schafft Aufklärung unter Mann und Weib, dann sind wir bald aus unsrer traurigen Lage befreit. Ueber den Verlauf des Streiks in Alsenz sprach Backus und führte folgendes aus: Trotzdem Kraft und Siebold glaubten, es könne der Gauleitung und der Zentralleitung kein Vorwurf gemacht werden, so fühle ich mich berechtigt, hier zu erklären, daß dieselben doch nicht in allen Fällen ihre volle und ganze Pflicht erfüllt haben. Denn bei dem Streik in Alsenz hat sich die Gauleitung, wie die Zentralleitung etwas zurückhaltend gezeigt. Ich möchte bloß einige Punkte hier anführen. Die Zentralleitung hat des öfteren uns Abzüge gemacht an Geldern, und zwar an Streikunterstützung und Agitationskosten. Es ist daher öfters Mißtrauen von den Kollegen zutage getreten. Trotzdem wurde der Kampf 17 Wochen standhaft geführt. Der gleiche Vorwurf trifft auch die Kollegen in den großen Städten bezüglich freiwilliger Unterstützungen. An freiwilligen Unterstützungen sind in einem Kampfe von 17 Wochen 130.75 Mark eingegangen, und zwar von den Zahlstellen der Pfalz. Es erweckt dies den Anschein, als ob das flache Land bloß da sei, um die größeren Streiks in den Städten durchzuführen. Ich führe den Streik im Muschelkalkgebiet an und ziehe München in Betracht, welches schon 400 Mark Unterstützungen sandte nach dort. Alsenz hat bei dem Streik in München sein Scherflein auch dargebracht, wenn es noch so klein war. Und da glaube ich auch berechtigt zu sein, diesbezüglich der Gauleitung und der Zentralleitung einen Vorwurf zu machen. Der Vertreter des Zentralvorstandes ging dann auf den Alsenzer Streik ein. Die Abzüge, die gemacht seien, waren notwendig. Sie sind darauf zurückzuführen, daß abgereiste Kollegen sich dem Streik wieder anschlossen, ohne daß man es für nötig hielt, Aufklärung über den Zusammenhang zu geben. Deshalb die Abzüge, und dieses werde auch künftig so gehandhabt werden. Eine genaue Kontrolle der Auszahlungslisten sei selbstverständlich. Im übrigen haben Zentralleitung und Gauleitung im Alsenzer Bezirk ihre volle Schuldigkeit getan. Wenn nun keine Extraunterstützungen eingegangen, so liege dieses nicht an dem Zentralvorstand. Der nächste Verbandstag werde in dieser Angelegenheit etwas Bestimmtes festlegen. Es sei auch ein Unding, wenn jemand, der 3 bis 4 Marken im Buche habe, hunderte von Mark rausziehen könne. Dieses sei ein ungesunder Zustand, der beseitigt werden müsse durch statutarische Festlegung. Und wenn trotzdem in Alsenz einige Kollegen wankelmütig sind, dann empfehle er die einfache Rechnung: Was ist geleistet und wie ist die Gegenleistung? Dann werden auch die Wankelmütigen das Unvernünftige einsehen.

Es wurde dann nach der Mittagspause zum 2. Punkt geschritten: Wie betreiben wir in Zukunft unsre Agitation?, wozu Gauleiter Kraft das Wort erteilt wurde. Kraft führte aus, daß in Zukunft unsre Agitation nicht mehr so weitergeführt werden kann, indem er 71 Zahlstellen zu bestreiten hat und nicht jeder Zahlstelle für die Zukunft so Rechnung tragen kann, wie dasselbe in letzter Zeit verlangt wurde. Die Kollegen müssen in Zukunft mehr Mundagitation treiben auf den Werkplätzen, durch Fach- und Parteiblatt stets agitieren. Jäger-Speier schließt sich Kraft an und erklärt, daß Kraft allen Ansprüchen nicht mehr gewachsen sei und weist darauf hin, daß ein Bezirksleiter für die Pfalz notwendig sei. Beck-St. Johann, Kohl-Altenglan, Schorr-Landau und Konrad-Kaiserslautern schließen sich dem ebenfalls an. Kaiser und Kettenbaum-Kaiserslautern sprechen sich im entgegengesetzten Sinne aus und glauben, vorerst die Kleinarbeit durch Mundagitation zu beseitigen, und dies könne bloß geschehen, wenn mehr Einigkeit unter den Kollegen herrsche. Siebold glaubt, daß die Wünsche ja alle berechtigt wären, nur über die Art und Weise, wie den Anforderungen zu genügen sei, ist der Zentralvorstand andrer Meinung. Daß später vielleicht unsre nächste Generalversammlung eine andre Einteilung hier unten vornehme, sei wahrscheinlich. Doch jetzt in diesem Gau noch einen weiteren Kollegen anzustellen, dazu sei der Zentralvorstand nicht kompetent. Kaiser und Kettenbaum hätten beachtenswerte Ausführungen gemacht. Dem könne er sich nur anschließen. Mehr Selbständigkeit müsse hier wieder verlangt werden. In bezug auf Gründung von Zahlstellen herrsche richtige Kirchturmspolitik, wenn größere Zahlstellen speziell in diesem Gau existieren, kann man jedesmal die Beobachtung machen, daß über kurz oder lang sich kleinere Zahlstellen abgliedern. Dieses ist nicht vorteilhaft, und wo keine genügende Begründung beigebracht werde, lehne der Zentralvorstand die eigne Verwaltung dieser kleinen Orte ab. Das Hauptaugenmerk sei auf die Buchführung zu legen, wo diese kranke, könne auch die Zahlstelle nicht vorwärts kommen.

Willacker-Dürkheim will heute noch eine Person bestimmt haben, die event. bei Abwesenheit des Gauleiters denselben zu vertreten habe, an ihn ergingen soviele Aufforderungen, in der Umgebung seiner Zahlstelle zu referieren. Kraft erklärt, daß er diesem nachkommen werde, dazu gebe ihm der Zentralvorstand freie Hand. Die Debatte werde nun jedenfalls das zeitigen, daß die Zahlstellen sich mehr auf eigne Füße stellen und ihn in seiner Tätigkeit diesbezüglich unterstützen. Da die Zeit schon so weit vorgerückt war, so mußte Abstand genommen werden vom 3. Punkt der Tagesordnung. Kraft bespricht dann doch noch in kurzen kernigen Worten das neue Statut. Siebold warf noch einen Rückblick auf die gepflogenen Unterhandlungen und betonte, daß die Konferenz nicht notwendig gewesen sei, bei derartigen Veranstaltungen gehöre eine andre Vorbereitung, es genüge nicht, zusammenzukommen und einzelne Fälle zu kritisieren, dazu brauchen wir keine Konferenz. Die Geldkosten seien doch auch zu beachten. Eine Taktik habe hier festgelegt werden sollen. Das sei nicht gelungen, man möge nur Statut und Leitfaden beachten, die Zahlstellen in sich selbst kräftigen, dann könnten auch Kämpfe geführt werden, dann würden auch in der Pfalz andre Zustände Platz greifen. Bei Einberufung der Konferenzen werde der Vorstand sich jetzt einen andern Einfluß sichern müssen, denn die Zeit sei besser anzuwenden. (Zustimmung.) Willacker mahnte noch zum Schluß die anwesenden Delegierten, mit Taktik und Agitation, wie sie heute besprochen wurden, einzusetzen und erklärte die Konferenz für geschlossen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 1. September ab werden die Reisekarten in den Zahlstellen von den Ortsverwaltungen ausgestellt. Desgleichen tritt die Reiseunterstützung, pro Tag 75 Pfg., am 1. September in Kraft. **Die Reisekarten werden erst dann ausgestellt, wenn der betreffende Kollege sich aus der Zahlstelle abmeldet.**

*

Bei Geldsendungen an die Zentralleitung ist stets die Adresse des Kassierers Ludwig Geist zu benutzen. Die Adresse: An den Zentralvorstand der Steinarbeiter Leipzig, genügt nicht, **es muß stets der Name des Kassierers angegeben sein, dieses mögen besonders die Einzelzahler beachten.**

*

Die Zahlstellen, welche bis jetzt mit ihrem alten Material noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, ihren Verpflichtungen umgehend nachzukommen, alle alten Marken müssen binnen 8 Tagen eingesandt werden, später eingehende können nicht mehr in Anrechnung gebracht werden.

Richtigstellung.

Im Protokoll des Nürnberger Verbandstages ist zu lesen, daß es sich bei der Mandatsprüfung herausgestellt habe, daß u. a. mein Buch nicht in voller Ordnung gewesen sei. Ich erkläre dieses als einen Irrtum. Bei mir fehlte die Statistik, letztere war nicht ausgefüllt, weil ich im Beruf nicht tätig gewesen bin.

Ernst Hamann, Posen.

Korrespondenzen.

Duisburg. In der Dortmunder Arbeiterzeitung erschien am 9. August ein Artikel, in welchem mitgeteilt wurde, daß die Arbeitsbuden der Firma Aumüller in sanitärer Hinsicht schlecht bestellt seien, da rings um dieselben direkt Abort, Hühnerstall und Hundestall angebracht seien. Ebenso daß bei Hirschler der Abort direkt an der Arbeitsbude liegt und daß Aumüller seinen Arbeitern solche Titel zuteil werden läßt, die eher in einem zoologischen Garten, als in einer Werkstelle Verwendung finden könnten. Dies brachte Herrn Aumüller in solche Aufregung, daß er den andern Morgen, als er auf den Platz kam, gleich wieder von seinen Kosenamen Gebrauch machte. Er kam da gleich zum Kollegen Brahm, der bei ihm in Arbeit stand und sagte: „Du bist der Urheber davon, und wenn ich das bestimmt wüßte, bekämst Du die schwersten Senge (Hiebe). Der ganze Verband sind von A bis Z Lumpen und Hunde." Kollege Brahm verbat sich ganz gelassen solche Ausdrücke, worauf Aumüller von neuem losließ: „Du Kamel, Rotznase, ich schlag dir die Knochen kaput, ich hau Dich zum Krüppel," und ging auch tatsächlich auf Brahm los, wurde aber von seinem Vorhaben von den andern Kollegen, die für Brahm eintraten, daran verhindert. (Isolierzelle mit Gummiwänden soll für solche Wüteriche heilsam sein. Red.) Nun erklärte Kollege Brahm, daß er unter solcher Behandlung nicht mehr weiterarbeiten könnte und verlangte seinen Lohn und 14tägige Lohnentschädigung, da Brahm mit Kündigung eingestellt war. Auf das hin sagte Aumüller: „Du bekommst einen A — — tritt, daß Du bis auf die Straße fliegst." Brahm legte nun darauf die Arbeit nieder, und als er den verdienten Lohn und die Papiere erhalten hatte, sagte ihm Aumüller: „Wo Du jetzt anfängst zu arbeiten, werde ich Dich richtig kennzeichnen." Brahm klagte nun bei dem hiesigen Gewerbegericht auf 14tägige Lohnentschädigung. Bei dem Einigungstermin am 14. August gab nun Aumüller zu, daß Brahm wegen Beleidigung und Bedrohung die Arbeit niederlegte und daß Brahm bei ihm mit Kündigung eingestellt sei. Zu dem Haupttermin am 28. August brachte Brahm seine Zeugen, welche den Sachverhalt, wie er geschildert, bezeugten. Das Gericht kam zur Ueberzeugung, daß Brahm nach § 124, Abs. 2 der Gewerbeordnung, berechtigt war, die Arbeit sofort niederzulegen und auch berechtigt war, eine 14tägige Lohnentschädigung zu beanspruchen. Das Urteil lautete nun, daß Aumüller an Brahm 60 Mark Lohnentschädigung und die Kosten des Verfahrens zu zahlen hat.

Elberfeld. Die am 26. August stattgefundene Versammlung war gut besucht. Es ließen sich wieder zwei Kollegen aufnehmen. Die Zahl unserer Verbandsmitglieder wächst zusehends, wohl ein Zeichen, daß unsere Vorstandschaft auf dem Posten ist. Die Agitation muß in Zukunft mit Hochdruck fortgesetzt werden, damit auch der letzte Mann gewonnen wird. Ueber die Mißstände auf einem hiesigen Platz wurde eine scharfe, aber sachliche Kritik gepflogen. Wahrscheinlich müssen wir zu Sperren greifen. Einige Redner meinten, unsere Redaktion müsse bei der Aufnahme von Inseraten mehr Vorsicht walten lassen. Die Zustände bei den kleinen Meistern seien nicht immer die besten.

Für die streikenden Kollegen im Muschelkalkgebiet wurde eine wöchentliche Extrasteuer von 30 Pfg. beschlossen. Sofort wurden 15 Mk. aus der Kasse entnommen und den Streikenden überwiesen.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 28. August. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erstattete Kollege Deckert Bericht über die Bezirkskonferenz, auf der 12 Ortschaften vertreten waren. Allerdings habe dieselbe nicht das erreicht, was sie bezweckte: die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters zu beschließen. Aber sie habe wenigstens die engere Fühlung unter den einzelnen Zahlstellen hergestellt, die im Laufe der Zeit doch zu einer solchen Anstellung führen und dadurch eine bessere Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen ermöglichen werde. Eine diesbezügliche Resolution, die auch gegen die Verlegung der Gauleitung von Frankfurt protestierte, wurde angenommen. In der Diskussion wurde noch des näheren angeführt, daß es dringend nötig sei, für diesen Bezirk eine besoldete Kraft zur Agitation anzustellen, doch müsse die Zentralleitung einen Hauptteil der dadurch entstehenden Kosten tragen. Bis jetzt sei aber von der Zentralleitung noch keine Antwort eingegangen. (Ein Antrag ist bis heute hier noch nicht angelangt, wissen also nicht, auf was Antwort verlangt wird. Der Zentralvorstand.) Kollege Holzmüller erstattete dann Bericht über die Ortsstatistik. An dieser haben sich leider nur 74 Kollegen beteiligt, bei ca. 260 organisierten Kollegen, der großen Zahl der unorganisierten nicht zu gedenken. Von den 74 waren 44 Sandsteinarbeiter, 20 Marmorarbeiter, 9 Schleifer, 1 unverwendbar. Der Durchschnittsverdienst bei den Steinarbeitern war 1299.42 Mark, bei den Marmorarbeitern 1322.10 Mark, bei den Schleifern 1173.46 Mark. Das Durchschnittsalter 31 Jahre 8 Monate, bezw. 33 Jahre 4 Monate, bezw. 29 Jahre 6 Monate. Im Durchschnitt waren die an der Statistik Beteiligten in den einzelnen Branchen beschäftigt 17 Jahre 1 Monat, bezw. 19 Jahre 6 Monate, bezw. 12 Jahre 5 Monate. Arbeitslos im letzten Jahre waren 26 3 Wochen und 3 Kollegen von 1 Woche bis zu 15 Wochen. Krank waren 17 Kollegen 5 Wochen und 2 Kollegen von 1 Woche bis zu 20 Wochen. Die hauptsächlichsten Krankheiten waren Lungenleiden, Rheumatismus, Berufskrankheit. Bei 5 Kollegen trugen Frauen und Kinder zum Erwerb durch Arbeit bei. Verheiratet waren 55 Kollegen mit 122 Kindern, 19 waren noch unverheiratet. Mit Meistergeschirr arbeiteten 55 Kollegen, mit eignem 3, mit beiden zugleich 16, selbst schärfen mußten 3 Kollegen. In der Diskussion hierüber wurde mit Recht gerügt, daß sich so wenige Kollegen an der Statistik beteiligt haben und zwar in der Regel nur die besserbezahlten, so daß wir dadurch ein ganz falsches Bild von dem Einkommen der betr. Arbeiterkategorie erhalten. Die Kollegen müßten durch irgendeine Maßnahme gezwungen werden, sich an der Statistik zu beteiligen. Dann erst werden wir über die Lebenslage der in der Steinbranche beschäftigten Arbeiter ein richtiges Bild erhalten. Es wird für die Arbeit des Kollegen Holzmüller wieder wie die übrigen Jahre 6 Mark bewilligt. Das diesjährige Stiftungsfest soll an einem Sonntag abgehalten werden, vorausgesetzt, daß der entbrannte Bierkrieg unterdessen beendigt ist. Zur Vorarbeit wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Da von den Bildhauern dem Vorstand eine Reihe von Kollegen angegeben wurden, die angeblich Punktierarbeit, also Streikarbeit, machen, machte sich eine Aussprache hierüber notwendig. Hierzu war der Vorstand des Bildhauerverbandes anwesend zur Klarstellung der Sachlage. Nach langer, zum Teil lebhafter Aussprache wurde beschlossen, diese Angelegenheit zur weiteren Klärung und Stellungnahme dem Lokalvorstand zu überweisen, damit derselbe mit dem Zentralvorstand des Verbandes zusammen eine Regelung herbeiführe. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Heppenheim. Am 26. August fand eine Generalversammlung in Kirschhausen statt. Kollege Häusler-Frankfurt referierte über die wirtschaftliche Lage. Ferner wurde über die Selbständigmachung Kirschhausens als Zahlstelle beraten. Begründet wurde dieses damit, daß dann die Agitation besser betrieben werden könne. Ferner sei der Weg zu weit zur Versammlung in Heppenheim. Die Versammelten stimmten dem zu. Zum Vorsitzenden wurde Alois Leonbrecher, zum Kassierer Ludwig Schürzinger und Joseph Lenhardt als Schriftführer gewählt. Revisoren wurden Lerchl und Windhagen. Als Statistiker wurde Alois Lerchl gewählt. Bestimmt wurde dann noch, daß die Kollegen zu der Zahlstelle gehören, in welcher sie arbeiten. Vom 1. Oktober, nach Ablauf des jetzigen Quartals, tritt die Zahlstelle Kirschhausen in Funktion. Vom Vorsitzenden wurde die schlechte Beteiligung an der Statistik bekannt gegeben, ferner für gänzliche Beseitigung des Blaumachens eingetreten, die Kollegen sollten die ganze Woche arbeiten. Darauf Schluß.

Höchst (Odenwald). Nachdem es die Kollegen in dem hintern Odenwalde in diesem Jahre eingesehen haben, daß es nicht mehr ohne Organisation weitergehen kann, können wir erfreulicherweise jetzt bemerken, daß die beiden gegründeten Zahlstellen Höchst und Heubach sich sehr gut entwickeln. Die bis jetzt stattgefundenen Versammlungen haben durch die tüchtigen Referate der Kollegen Mittenmeier, Kraft und Arnold gute Erfolge gebracht. Auch die Kollegen Wolf und List, welche sich in letzter Zeit auf die einzelnen Orte begaben, haben die noch Fernstehenden ziemlich gewonnen. Am 26. August haben nun wiederum zwei Versammlungen, nämlich in Sandbach und Hetschbach, stattgefunden. Arnold aus Mannheim referierte. Fünf Kollegen wurden neu aufgenommen.

Zwei Kollegen traten aus dem Verbande aus. Der eine äußerte: „mehr wie vier Mark will ich pro Tag nicht verdienen". Mündlich meldete sich dieser Kraftmensch vom Verbande nicht ab, sondern mittels Postkarte. Dieses wäre nichts Ungewöhnliches, wenn nicht die Adresse an unsern Funktionär **ein Meister geschrieben hätte.** Fürwahr, die Meister können auf solche Stützen stolz sein. Wir aber danken für solche Auchkollegen.

Kommenden Sonntag, ½4 Uhr, Mitgliederversammlung in Höchst i. O., bei Karl Nees. Kollegen, erscheint zahlreich!

Meißen I. Im Restaurant Elbschlößchen tagte am 23. Aug. eine ziemlich gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Auf die Tagesordnung mußte der Punkt: Die Bundesratsverordnung, gesetzt werden, weil es leider immer noch einige Kollegen gibt, welche teilweise über die festgelegte Arbeitszeit hinaus arbeiten, und man muß immer wieder die Erfahrung machen, daß es gewöhnlich solche Kollegen sind, welche die Versammlungen wenig oder gar nicht besuchen. Mehrere Kollegen betonten ausdrücklich, daß es nicht als gemeine Denunziation angesehen werden könnte, wenn gegen solche Unordnung das letzte Mittel, die Strafanzeige, zur Anwendung gebracht würde. Es soll auch ferner mit aller Strenge gegen die Verlängerer der Arbeitszeit vorgegangen werden. Aus dem hierauf vorgetragenen Bericht über den Abschluß der Statistik geht hervor, daß 103 Kollegen sich an der Statistik beteiligten, und zwar 40 Granitsteinmetzen, 17 Sandsteinmetzen, 20 Granitschleifer, 6 Pflastersteinarbeiter, 17 Brecher und 3 sonstige Arbeiter, die letzteren sind Maschinenbohrer. Der Durchschnittsverdienst betrug bei den Granitsteinmetzen 4.62 Mark, bei den Sandsteinmetzen 5.03 Mark, bei den Schleifern 3.85 Mark, bei den Pflasterern 4.25 Mark, bei den Brechern 3.85 Mark und bei sonstigen Arbeitern 5.35 Mark pro Tag im Akkordlohn. Krank waren insgesamt 31 Kollegen. Der Durchschnittsverdienst in Meißen beträgt 4.47 Mark pro Tag. Für die vom Meißener Gewerkschaftskartell zu errichtende Bibliothek bewilligte die Versammlung einen Beitrag von 20 Mark und ferner einen jährlichen Beitrag von 5 Pfg. pro Mitglied, da vorläufig nicht mehr verlangt wird. Die Frage der Bierverteuerung wurde ebenfalls erörtert und zum Schluß wurde noch bestimmt, in nächster Zeit ein Vergnügen abzuhalten, das auch mit dazu beitragen soll, den engeren Zusammenschluß der Kollegen zu fördern.

Mühlhausen i. Thür. Am 24. August fand eine Versammlung der hiesigen Steinarbeiter statt. Vom Zentralvorstand war Kollege Siebold anwesend. Letzterer besprach die Entstehung und den Verlauf des Streiks in Oberdorla und Mühlhausen. Aus gewissen Gründen werden die Ausführungen hier nicht wiedergegeben. Redner geht auf die wirtschaftlichen Kämpfe des nähern ein, schildert die Bestrebungen der Scharfmacher und ihrer Hintermänner und spricht über die Taktik bei Streiks. Mit Aufmerksamkeit hörten die Kollegen den trefflichen Ausführungen zu. Von einem weiteren Beschluß in bezug auf die Bewegung wurde mit Rücksicht auf die Situation abgesehen. Im Laufe der folgenden Woche fanden nun Unterhandlungen mit dem Geschäftsführer statt, welche, soweit die Entlohnung in Betracht kam, die Zustimmung der Streikenden fand. Die Erklärung des Geschäftsführers, daß die Geschäftslage ungünstig sei und er deshalb nicht alle wieder einstellen könne, beschäftigte am 31. Aug. abermals eine Versammlung der Steinarbeiter Oberdorlas und Mühlhausens. Vom Zentralvorstand war Kollege Siebold anwesend. Die Kommission erstattete Bericht, daß nach einem erneuten Vorstelligwerden die älteren zuerst eingestellt werden sollen. Die Meinung wegen Anerkennung des Tarifs und der Wiederaufnahme der Arbeit war geteilt. Nach längerer Debatte und nachdem der Vertreter des Vorstandes die Zugeständnisse vom praktischen Gesichtspunkte beleuchtet hatte, wurde die Anerkennung des Tarifs gegen drei Stimmen beschlossen. Von den Steinmetzen Mühlhausens sind vier Kollegen vorläufig nicht eingestellt. Davon sind drei gelernte Maurer. In Oberdorla werden statt früher sieben Kolonnen, nunmehr drei Kolonnen Brecher beschäftigt — wegen angeblich ungünstiger Geschäftslage. Am 3. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Einstellung der übrigen erfolgt nach dem Alter, sobald der Betrieb eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig macht. Der neue Tarif gilt auf zwei Jahre mit vierwöchiger Kündigung, dann fortlaufend ein weiteres Jahr. Nachdem Siebold noch ersucht, aus dem Kampfe die nötigen Lehren zu ziehen und auf den Abmachungen weiter zu bauen, war Schluß der Versammlung. **Die reisenden Kollegen werden ersucht, Mühlhausen vorläufig noch zu meiden, bis die übrigen Kollegen ebenfalls untergekommen sind.**

Nördlingen. Die Zustände im Vetterschen Steinmetzgeschäft hier geben unbedingt Veranlassung, daß sie der Oeffentlichkeit preisgegeben werden. Hier wurden im laufenden Jahre verschiedene Steinbrüche eröffnet, welche der Firma Deutsche Steinwerke Vetter A.-G. in Eltmann a. M. zur Ausbeutung dienen. Von diesem Material wird das Verkehrsministerium in München und ein Postgebäude in Augsburg hergestellt. Durch den Streik Würzburg-Nürnberg haben nun diese Herren Aktionäre gute Zeiten. Nicht nur, daß sie die Steinbrüche ausbeuten, sondern auch die Steinmetzen. Die Entlohnung (nämlich wilder Akkord) ist eine so willkürliche, daß man nicht glauben könnte, daß an einem Staatsbau derartige Zustände geduldet werden. Da dieses Geschäft erst im Sommer 1906 in Kraft getreten ist, und nicht so viele Steinmetzen in Nördlingen vorhanden waren, wie man brauchte (überhaupt jeder von der Begünstigung in diesem Betrieb zu arbeiten Abstand nahm), so kam es, daß sich fremde Kollegen zugezogen haben, welche alle der modernen Gewerkschaftsorganisation angehören und sich die Freiheit erlauben, ihren Lohn so zu beanspruchen, daß er den heutigen Lebensmittelpreisen entspricht, so wie es uns die Agrarier mit Hilfe der schwarzen „Stellvertreter Gottes" aufgebunden haben. Natürlich ist diese Firma nicht gewohnt, den Arbeitern einen richtigen Lohn zu bezahlen, indem sie in ihrem heimatlichen Gebiet noch Leute

hat, welche bloß leben, um zu arbeiten, aber noch nicht den Gedanken erfaßten, arbeiten um zu leben. Am 4. August wurde direkt nach dem Budenrecht ein Kollege entlassen, angeblicher Grund, weil er von Hungerlöhnen gesprochen hat. Hierauf legten sämtliche Kollegen (einschließlich 16 Mann vom Maurerverband) die Arbeit nieder. Nach zwei Tagen wurde die Sache mit Hilfe des Gauleiters wieder beigelegt und verschiedene Vereinbarungen getroffen, so z. B., daß ungerechtfertigte Entlassungen nicht stattfinden. Aber nach vier Wochen hat es die Firma schon fertig gebracht, auf indirektem Wege sich einen Kontraktbruch zuschulden kommen zu lassen. Angeblicher Steinmangel wurde als Grund benutzt und alle diejenigen entlassen, welche die Interessen der freien Gewerkschaft richtig vertreten haben. Auch wurde vereinbart, daß, wenn Steinmangel herrscht, die Arbeitszeit verkürzt wird. Wir haben nun selbst Rücksicht genommen und die Arbeitszeit verkürzt, weil wir als Steinmetzen das nicht gewohnt sind, daß wir dem Polier zu viert oder fünft nachlaufen und ihm dabei die Fersen wegtreten, bis er uns einen Stein anweist. Auch das wurde als Grund zur Entlassung benutzt, indem uns gesagt wurde, wir haben uns dadurch unbeliebt gemacht. Als man beinahe gar keine Ausrede mehr fand, hieß es noch: „Wenn der Streik in Würzburg-Nürnberg beendet ist, so laufen wir ihm doch davon", weshalb er sich einheimische Arbeiter sichern muß. Als ganz ungerechte Handlungsweise ist es zu betrachten, daß man verheiratete Kollegen aussetzen läßt und ledige Kollegen weiter beschäftigt, ja sogar den hat man entlassen, welcher dem Polier 8 Mk. schenkte, die ihm durch Urteil des Gewerbegerichts zu zahlen auferlegt wurden. Daß diese Entlassungen wegen Steinmangels unbegründet sind, das beweist die Zufuhr von Steinen nach zwei Tagen. Hätte die Firma Steine haben wollen, so wären auch in dieser Woche, wo die Entlassungen vorgenommen wurden, genug zu haben gewesen. Aber die Herren haben den Mut nicht, daß sie einem Arbeiter ehrlich entgegentreten und ihm sagen, warum er entlassen wird. Dem Betriebsleiter Hey wollen wir nur raten, indem er verantwortlich ist, er möchte sich nicht zu derartigen ungerechten Handlungen von seinen Vorgesetzten verleiten lassen. Wir sind der Ansicht, wenn ein Betriebsleiter bei einer eventuellen gewerbegerichtlichen Entscheidung die Kosten aus seiner Tasche bezahlen muß, so möchte er sich in Zukunft vor jedem ungerechten Einfluß von oben herab verwahren. Wir sind eben ehrlich, wie sagen unsre Meinung offen ins Gesicht, wir schreien nicht hinten herum, wie die Pharisäer, und deshalb soll man uns nicht immer gleich auf die Landstraße werfen. So soll man mit den Arbeitern nicht umgehen, denn wenn die Herren Aktionäre an unsre Stelle treten müßten, dann würde es schlecht ausfallen bei der Verteilung von Dividenden. Es sollte aber auch keine Kollegen mehr geben, welche zu solchen Handlungsweisen behilflich sind und sich mehr auf die Unternehmerseite stellen wie auf Seite der Arbeiter. Auch ist die Arbeitszeit, zehn Stunden, viel zu lange, aber die Kollegen geben davon gar kein Zeichen, daß es zuviel verlangt ist, an diesem Giftstein zehn Stunden zu arbeiten. Wenn das so bleiben soll, so darf sich die Firma Vetter während der sechs Jahre Bauzeit zum Verkehrsministerium einen eigenen Friedhof für die Steinmetzen errichten. Also kurz und gut, brechen Sie ab mit dem jetzigen System, behandeln Sie Ihre Arbeiter richtig, so werden Sie weiter kommen wie bisher, denn wir lassen uns von Auchmenschen nicht als Knechte behandeln.

Mehrere Nördlinger Steinmetzen.

Offenbach. Am 27. August tagte bei Gutjar in Bürgel eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über einen Kollegen, der in Frankfurt Streikarbeit gemacht haben soll, ebenso wie noch andre vierzehn Frankfurter Kollegen. Es wurden zwei Kollegen gewählt, um mit dem Vorstand von Frankfurt und dem Gauleiter von Mannheim diese Angelegenheit gründlich zu untersuchen, besonders ob es Streikarbeit gewesen sei. Die Wahl fiel auf die Kollegen Schrek und Gehrig. Sodann erstattete Kollege Balz Bericht von der letzten Gaukonferenz betreffs Verschmelzung der Zahlstellen in der Umgegend und Anstellung eines Lokalbeamten. Die Majorität der Konferenz lehnte es ab, da der Beitrag schon ein hoher ist und noch mehr steigen wird durch die vielen Kopfsteuern, die wir an verschiedene Stellen zu entrichten haben. Sie überläßt es der Zentrale, einen Beamten anzustellen. Hierauf gab der Delegierte vom Kartell seinen Bericht, an den sich eine längere Debatte anschloß. Unter Punkt Verschiedenes fand ein Antrag des Kollegen Gehrig Annahme, die 12.20 Mk. reserviertes Geld den streikenden Steinarbeitern im Muschelkalkgebiet Würzburg zu überweisen. Es werden noch weitere Sammellisten ausgegeben. Für einen kranken Kollegen soll die nächste Versammlung aus der Kasse einen kleinen Zuschuß bewilligen. Zum Schluß forderte der Kassierer die Kollegen auf, ihre Statistiken dieses Jahr vollzählig auszufüllen. Denn wer das nicht tut, bekommt nichts aus der Zentralkrankenkasse, wenn er krank wird.

Osnabrück. Am 2. September tagte im Vereinslokale unsre übliche Monatsversammlung. Zum ersten Punkt: Wie müssen wir arbeiten, daß wir im Frühjahr auf allen Plätzen geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen? spricht Kollege Lücke in längeren Ausführungen. Er betont, daß nur durch festes Zusammenhalten, wie es ja zurzeit hier zu konstatieren sei, auch auf den kleineren Plätzen der Tarif errungen werden könne. Wie zurzeit ersichtlich, müssen diese Herren auch wohl nach Tarif zahlen, dieses geschieht nur mit allem Ach und Krach, geht die Arbeit nicht so ab (am Orte wird fast nur auf Denkmäler gearbeitet), so erfolgt Abzug auf Abzug, und diesem können wir nur dadurch abhelfen, daß wir den Herren ebenfalls bei gegebener Zeit die Unterschrift des Tarifs abringen müssen. Zunächst kritisiert Redner die Bundesratsverordnung und bemerkt, daß einige Unternehmer in letzter Zeit 13—14 Stunden arbeiten ließen, aber dennoch die Zugereisten nicht eingestellt wurden mit dem Bemerken, daß für mehrere Steinmetzen kein Geschirr vorhanden sei. Diese faule Ausrede müßte in Zukunft energisch zurückgewiesen werden, welches die Kollegen auch versprachen. In Sachen Storff wurde, da er wieder nicht zur Stelle war und von ihm doch nichts wieder zurückzuerlangen sei, die Ausstoßung aus dem Verbande wegen Prellerei der Zahlstelle Osnabrück einstimmig beschlossen und beim Zentralvorstande beantragt. Der Vorsitzende macht noch auf die ausgegebenen Sammellisten für die Kollegen im Muschelkalkgebiet aufmerksam und bemerkt, die Listen so schnell als möglich dem Kassierer zurückzugeben, denn schnelle Hilfe sei doppelte Hilfe. Es wurde noch vom nahen Ibbenbüren berichtet, daß die Zahlstelle im Einschlafen begriffen sei, da nun unser Gauleiter Biewig-Hannover trotz Ermahnung durch unsern Vorsitzenden sich nicht um dieselbe kümmerte, so wurde beschlossen, den Zentralvorstand davon in Kenntnis zu setzen, um so schnell als möglich dort einzugreifen und den Gauleiter ebenfalls aufzufordern, sofort einzugreifen, wenn dieselbe erhalten bleiben solle. (Wird wohl keine Zeit gehabt haben. Die Gauleiter können nicht gleich auf jeden Pfiff springen. Von Ibbenbüren hat man seit der Gründung durch Osnabrück kein Lebenszeichen wieder gehört, war wohl ein totgeborenes Kind! Redaktion.) Unser Bestreben müßte doch erst sein, das Bestehende zu erhalten und zu kultivieren, und dann erst zu neuen Gründungen schreiten.

Sackisch. Am 26. August war in Goldbach eine Steinarbeiterversammlung einberufen, in der Kollege Jahrmarkt über Zweck der Organisation referieren sollte. Dieselbe konnte jedoch nicht abgehalten werden. Als nämlich die Kollegen von Rückers und Sackisch erschienen (von Goldbach und Umgegend waren leider bloß ein paar Mann da), wurde ihnen der Bescheid des Ueberwachenden, daß Stöcke und Schirme nicht mit in den Saal genommen werden dürfen. Darob Verwunderung. Noch größer war dieselbe, als der Einberufer nach Eröffnung der Versammlung erklärte, der Gendarm dulde nicht, daß Ausländer an derselben teilnehmen. Er stütze sich auf § 29 des Gesetzes, wonach nur Preußen das Recht hätten, sich zu versammeln. Da eine Beweisführung im gegenteiligen Sinne nichts half und meistens österreichische Kollegen da waren, wurde die Versammlung wieder geschlossen, nicht ohne, daß ein Kollege, der sich beschweren wollte, nach barscher Frage notiert wurde, womit sich natürlich niemand ins Bockshorn jagen läßt. Wir werden in kurzer Frist, nach Beschwerdeführung, wieder eine Versammlung einberufen, eventl. ohne Ausländer, und bliebe dann zur Vereitelung derselben, nachdem das Saalabtreiben bei dieser schon keinen Erfolg hatte und § 29 nicht zum Anwenden geht, bloß noch das sächsische Muster, wonach bekanntlich eine Versammlung aufgelöst wurde, weil es dem Ueberwachenden an den Beinen fror, und dazu ist es jetzt doch noch zu warm. Den Kollegen von Goldbach und Umgegend aber rufen wir zu: Erscheint Mann für Mann in der nächsten Versammlung und tretet dem Steinarbeiterverband bei!

Wurzen. Da in letzter Zeit fortwährend Anfragen an mich gestellt worden sind, ob es nicht möglich wäre, die bestehende Frauenarbeit, Sonntags- und Nach-Feierabend-Arbeit abzuschaffen, möchte ich zunächst bemerken, daß ich ja schon wiederholt gesagt habe, daß es meine erste Aufgabe mit sein wird, dafür zu sorgen, daß endlich einmal in den hiesigen Steinbrüchen die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Ich kann durch meine jetzige Tätigkeit feststellen, daß hier in unserm Bezirk in sämtlichen Brüchen die Frauenarbeit noch besteht, einzelne Besitzer haben sogar schon Strafe bezahlen müssen, und doch beschäftigen sie noch Frauen. Auf die Schädlichkeit der Frauenarbeit will ich nicht eingehen, aber eins steht fest, daß es immer die Kollegen sind, die es nicht für nötig befinden, dem Verband beizutreten, weil sie durch den Nebenverdienst der Frau denken, sie haben es nicht notwendig. Was nun die Sonntagsarbeit anbetrifft, so stelle ich zunächst fest, daß nicht nur unorganisierte, sondern auch organisierte Kollegen Sonntags arbeiten, also nicht nur die Militärvereinler in Lüptitz, sondern in sämtlichen Steinbrüchen besteht die Sonntagsarbeit. Auch in bezug auf die Sonntagsarbeit habe ich es an Aufklärung nicht fehlen lassen, ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die hiesigen Kollegen nicht soviel in der richtigen Arbeitszeit verdienen, was sie brauchen, dann sollen sie mit dafür sorgen, daß sich der letzte Mann dem Verbande anschließt, denn erst dann ist es möglich, die hiesigen Besitzer zu zwingen, ihre Leute so zu bezahlen, wie es eben notwendig ist. Also, Kollegen, machen Sie alle diejenigen, die Sonntags und nach Feierabend arbeiten, darauf aufmerksam, daß die Sonntagsarbeit erstens gesetzlich nicht gestattet ist und zweitens nur zum eigenen Schaden ist, denn die Arbeitgeber prahlen immer damit, daß so und so viel verdient wird, aber in was für einer Arbeitszeit, das sagen sie allerdings nicht. Sollten nun die angeführten Mißstände nicht im Guten abzuschaffen sein, so werde ich ohne weiteres die Gewerbeinspektion auf die Beine bringen. Auch in bezug auf die Schutzvorrichtungen in den Brüchen bleibt sehr viel zu wünschen übrig. Es ist sogar bei dem letzten tödlichen Unglücksfall bei der Firma Worch u. Co. vorgekommen, daß erst nach dem Unfall sämtliche Schutzvorrichtungen angebracht worden sind und dann hat man erst den Unfall gemeldet. Auch in Altenhain haben jetzt einige Kollegen trotz wiederholten Aufmerksammachens des Bruchmeisters eben doch an einer ganz gefährlichen Stelle arbeiten müssen. Sorge also ein jeder Kollege mit dafür, daß sich der letzte Mann dem Verbande anschließt, erst dann ist es möglich, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben und bessere Verhältnisse zu schaffen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Ulm. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Kollegen Johann Georg Fischer aus Falkenstein, geboren am 23. Februar 1881, Verbandsbuch Nr. 19 752, zukommen zu lassen.

Aug. Frank, Münsterbau.

Bunzlau. Der Steinmetz Karl Konrad Bürger, geboren am 31. August 1883 zu Plauen, ist von hier abgereist und hat sein Buch liegen lassen.

Die Ortsverwaltung.

Seebach. Der Kollege Heinrich Hirschmann, geboren am 16. April 1880 zu Gefrees, hat sein Buch in größter Unordnung hier zurückgelassen. Demselben ist kein neues auszustellen.

Karl Hettig, Kassierer.

Stadtprozelten. Der Steinarbeiter Ferdinand Birkholz aus Neuenbuch ist gestrichen als Mitglied, weil er das Beitragzahlen vergessen. Den Kollegen von Dorfprozelten, Faulbach und Mondfeld diene dieses zur Kenntnis.

L. Abele, Vorsitzender.

Königsbrück. Der Steinarbeiter Hermann Burkhardt, geboren am 12. Juni 1860 zu Drunselwitz, hat sein Buch in Unordnung hier gelassen. Diesem ist kein neues auszustellen.

Julius Bischeck, Kassierer.

Kesselsdorf. Das Buch Nr. 32502, auf den Namen Gustav Adler, Steinmetz, aus Neu-Warthau, ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Frickenhausen a. M. Der Steinmetz Otto Rottmann wird dringend ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten einzusenden.

Johann Linz, Kassierer.

Kesselsdorf. Die Vertrauensleute allerorts werden hiermit ersucht, mir die Adresse des Steinmetzen Bartholomäus Ruhswurm, geb. den 9. September 1873 zu Zigelanger, zukommen zu lassen, da er hier noch Parteizeitungs-Geld zu entrichten hat.

Hans Högg.

Adressen-Aenderungen.

Halberstadt. Vorsitzender und Kassierer: Karl Haasper, Antoniusstr. 13, II.

Weinsberg (Württemberg). Kassierer: Karl Götz.

Danzig. Kassierer: Lehmann, Schwarzes Meer 8.

Klingenmünster. Kassierer: Heinrich Wissendaner, Bergzabern.

Zellerfeld. Vertrauensmann: Clemens Hotze, Treuerstr. 435.

Randersacker. Vorsitzender: Kaspar Röder I.

Würzburg. Kassierer: J. Sauter, Virchowstr. 19.

Neuenstein. Kassierer: Georg Breitner.

Rammelsbach. Kassierer: Otto Jung.

Duisburg. Vorsitzender: Heinrich Brahm, Friedenstr. 24. Kassierer: Alfred Hauk, Viehhofstr. 26.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. August bis mit 1. September 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, Erw. = Erwerbslosenmarken, M. = Material, Pr. = Protokolle.)

Falkenstein, B. 21.20, Z. 0.50; Schmölln, B. 8.80; Aachen, B. 5.—; Offenburg, B. 21.28, D. 6.50, Z. 4.50; Berneck, B. 126.—, M. 3.50; Wünschelburg, D. 1.25; Dresden, Ins. 3.50; Striegau, B. 1170.12, Pr. 26.—, Ins. 8.—, Erw. 0.10; Schmalkalden, B. 11.76, M. 2.—, Erw. 0.40; Regensburg, B. 252.—, E. 5.—; Osterwald 70.10 (?); Offenbach, B. 92.—; Marktbreit, Pr. 3.—, Erw. 10.—; Mittweida, B. 336.—, Pr. 7.—; Kamenz, E. 0.50, M. 10.10; Faulbach, B. 185.61; Blauberg, B. 149.38, E. 1.—, D. 0.75, Z. 22.50. Erw. 0.30; Bunzlau, B. 460.—, M. 8.80, Aue, B. 336.—; Brandenburg, Ins. 2.50 (K.); Verden, B. 2.20; Böttigheim, Erw. 1.30; Neheim, B. 1.60; Waldheim, B. 8.80; Holzen, B. 9.75; Beuthen, B. 9.—, E. 4.75; Breslau II, B. 184.—, M. 3.40; Nebra, B. 62.50, Z. 5.—, D. 3.50; Reiffenhausen 26.— (?); Würzburg, B. 23.—, Erw. 40.—; Stuttgart II, B. 58.80, Erw. 1.20; St. Johann, B. 88.50, Z. 3.50; Straßburg 571.28 (?); Sackisch, B. 189.—, E. 5.50, M. 3.—, Erw. 1.30; Lindenfels, B. 6.08, D. 0.50, Z. 4.—; Landau 208.35 (?); Erfurt 247.88 (?); Dürkheim 132.06 (?); Radolfzell, B. 9.20, D. 0.50, Z. 1.—; Gera, B. 3.55; Weißenfels, B. 5.65; Hamburg, Z. und D. 4.25; Bürglen, Ab. 1.20; Swinemünde, B. 4.—; Gerolzhofen, B. 38.—; Halle, B. 2.22, E. 0.75, D. 1.50; Langelsheim, B. 106.—; Heidelberg, E. 14.50, D. 4.50, Z. 3.69; Neuenstein, B. 84.—; Wildemann, B. 123.48, E. 1.50, M. 3.—, Erw. 0.70; Stettin, B. 127.86, E. 1.50, M. 3.70, Erw. 10.—; Wurzen, E. 30.—; Floß, B. 0.25, E. 3.50, D. 3.25, Z. 4.50; Flensburg, B. 4.95.

Für die streikenden Kollegen im Muschelkalkgebiet sind für Extra-Unterstützung eingegangen:

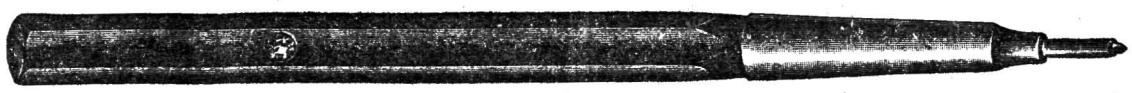
Detmold 3.—, Konstanz 35.—, Nördlingen 29.30, Hockenau 50.—, Kandern 4.—, Wenig-Rackwitz 64.80, Strehlen 35.—, Erfurt 30.—, Kiefersfelden 50.—, Bunzlau 33.90, Sackisch 30.80, Radolfzell 10.—, Lemgo 3.—, Berlin (Ri.) 14.90.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Bunzlau, R. Die Adressen sind gedruckt mit dem Namen D. und müssen doch verwertet werden. Sobald diese aufgebraucht sind, geht es auf Deinen Namen. — **Köln, Dunkel.** Siehe Statut § 4, Absatz 2. — **Aschaffenburg, H.** Adresse lautet: J. Held, per Adresse Karl Held, Leipzig-Lindenau, Reuterstraße 55, I. — **Hasserode.** Eingesandt abgelehnt. — **Ludwigshafen, K.** Der Betrag für Inserate gehört auf das Konto der Zahlstelle Ludwigshafen I. Es sind Todesanzeigen für Christian, Oehl und Schehl. Die 45 Protokolle stehen auf Deinem Konto, lasse sie Dir von der Zahlstelle L. II bezahlen und sende das Geld für die 45 Stück ein. — **Stuttgart, Ellw.** Die Notiz in Nr. 34 an dieser Stelle bezieht sich nur auf die zureisenden Kollegen, welche dort ihre Erwerbslosenmarke kleben. Die Mitglieder am Orte haben selbstverständlich den Versammlungsbeschluß hochzuhalten. — **Chemnitz, Horn.** Die kleinen statistischen Fragebogen brauchen nicht mit eingesandt zu werden, sondern sind am Orte zu verwahren, damit event. diese später zur Verfügung stehen. Dieses gilt auch für andre Orte. — **Reiffenhausen** und **Zweibrücken.** Abrechnungen vom 2. Quartal sind eingegangen, mögen die betreffenden Zahlstellen die Veröffentlichung in Nr. 35 als ungeschehen betrachten. **Starke. — Essen.** Solch allgemein gehaltene Berichte müssen wir ablehnen. Wurde denn in der Versammlung bloß die Abrechnung bekannt gegeben und über die Statistik gesprochen?

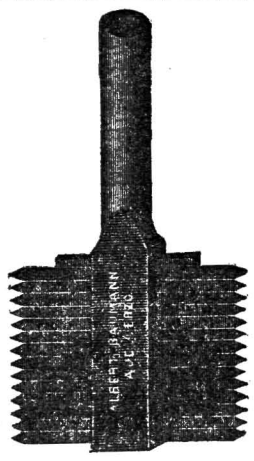
Anzeigen



Schreib-Diamanten unter Garantie

à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.

Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.



Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende

gratis.

Zusammensetzer

von **Marmor-Waschtischaufsätzen** werden verlangt.

R. Tauchert, Berlin SW.
Johanniterstrasse 7.

Steinmetzen

für dauernde Arbeit bei tarifmäßigen Löhnen werden fortwährend eingestellt.

Wellhausen, Werkplatz Unsen bei Hameln.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb **10 Tagen** nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Nebra. Am 28. August starb unser Kollege **Robert Fahnert** im Alter von 46 Jahren an der Berufskrankheit.

Posta. Am 30. August starb im Alter von 43 Jahren unser Kollege **Ernst Köckeritz** an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur A. Staudinger, zurzeit Berlin.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 36. Sonnabend, den 8. September 1906. 10. Jahrgang

Partei und Gewerkschaft.

Von K. Kautsky (aus der Neuen Zeit).

Vor wenigen Monaten noch schien es, als werde der Mannheimer Parteitag dem Bremenser ähneln, ein ruhiger Geschäftsparteitag werden, in dem uns vorwiegend die so wichtige und dringende Bildungsfrage beschäftigt. Seitdem aber ist rasch eine Frage in den Vordergrund getreten, die erheblichen Zündstoff in sich birgt, die sich auch schon in Jena bemerkbar gemacht und die unzweifelhaft den Parteitag sehr in Anspruch nehmen wird: das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Die Frage des Massenstreiks und der Maifeier sowie der Formen des Verkehrs von Parteileitern mit Parteiangestellten sind ja in enge Beziehungen zu dieser Hauptfrage gekommen.

Daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht so ungetrübt ist, wie wir alle es wünschen, dürfte jedem, der noch daran zweifelte, aus dem jüngst veröffentlichten Geheimprotokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände klar geworden sein. Wir hoffen aber, daß die Verhandlungen in Mannheim mehr zutage fördern werden als ein bloßes Echo dieser Konferenz. Das ergäbe ein zu dürftiges und unbefriedigendes Resultat.

Wo Gegensätze in der Gesellschaft bestehen, werden sie stets von Personen getragen, treten sie stets zunächst als persönliche Gegensätze auf. Jeder kann seinen Standpunkt nur verteidigen, indem er den Gegner bekämpft, jeder empfindet aber naturgemäß jedes Wort aufs schärfste, das gegen ihn gerichtet ist, indes er das Verletzende der eigenen Worte kaum merkt. Wer bei diesen Aeußerlichkeiten stehen bleibt, produziert nichts als Aerger über den Gegner, dessen „schlechten Ton", dessen „gemeine Gesinnung".

Viel mehr als Aerger über uns „Revolutionsromantiker" trat auch in der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände nicht zutage, mitunter in sehr merkwürdiger Weise. Wir wollen nur ein Beispiel anführen, das uns besonders angeht. Genosse Blum erklärte:

„Es wurde gestern Robert Schmidt vorgeworfen, daß er in Jena gesagt hat, es sei ein Glück, daß die Neue Zeit nicht so sehr gelesen wird. Ich habe einige Wochen vorher schon das gleiche in meinem Organ geschrieben, und zwar aus ganz bestimmten Gründen heraus."

Welches sind diese schwerwiegenden Gründe, die Blum veranlassen, den bisher in der Partei nicht gewöhnlichen Schritt zu tun, daß er ein Parteiorgan in Verruf erklärt? Die schwerwiegenden Gründe schrumpfen sofort auf einen einzigen Grund zusammen, nämlich einen einzigen Satz in einem Artikel des Genossen Fleißner, der Bedenken über die Höhe der gewerkschaftlichen Beiträge äußert! Grund genug für Genossen Blum, nicht etwa gegen Genossen Fleißner zu polemisieren, sondern — das Parteiorgan zu boykotten, weil es diesem Genossen nicht den Maulkorb anlegte. Man muß schon sehr verärgert sein, wenn man nicht merkt, wohin es führen würde, wenn Partei- und Gewerkschaftsblätter wegen jeden Satzes, der dem einen oder andern nicht gefällt, einander auf die schwarze Liste setzen wollten.

Damit aber der Geschichte nicht der Humor fehlt, hat derselbe Genosse Blum, der schrieb, es sei ein Glück, daß die Neue Zeit nicht mehr gelesen werde, wenige Wochen später der Neuen Zeit einen Artikel geschickt, der auch abgedruckt wurde, allerdings wegen Raummangels erst im Mai dieses Jahres.

Sollte Genosse Blum zur Einsicht gekommen sein, daß die Neue Zeit besser ist als ihr gewerkschaftlicher Ruf? Wenn nicht, dann bleibt nur noch die Annahme übrig, daß unser Mitarbeiter seinen Artikeln die Wirkung zuschreibt, dem Blatte, in dem sie erscheinen, die Leser zu vertreiben.

Ueber derartige verärgerte Aeußerungen kamen viele Redner der Konferenz nicht hinaus; diese gelangte auch gar nicht zu einer prinzipiellen Feststellung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft, sondern klang einzig in dem Rütlischwur der Vorstände aus, sich von der Parteipresse nichts mehr gefallen zu lassen und gegen sie einmütig zusammenzustehen. Dieser Ton wurde von Rexhäuser angegeben, der da meinte: „Es wird jeder so behandelt, wie er es sich gefallen läßt, und deshalb müssen wir den Angriffen aus Parteikreisen entgegentreten. Dann würden viele der Parteiblätter Respekt vor uns bekommen." Der Treffliche meinte damit offenbar den Respekt, den er heute schon durch diese Taktik der Masse der Genossen eingeflößt hat.

Wir dürfen wohl erwarten, daß der Parteitag in Mannheim versuchen wird, tiefer zu graben und die Wurzeln der vorhandenen Verstimmungen und Gegensätze aufzudecken, die in den Dingen und nicht in einzelnen Personen liegen. Auf der Konferenz selbst wurde auch das Bedürfnis danach empfunden, merkwürdigerweise fand es seinen Ausdruck in dem Wunsche nach der Erfindung einer neuen, gewerkschaftlichen Theorie. Bringmann meinte:

„Wer auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei steht, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen (sehr richtig!), der kennt nur eine Theorie des politischen Klassenkampfes (sehr richtig!). Freilich bin ich dafür, daß endlich eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung formuliert wird. . . . Die Gewerkschaften müssen aus sich selbst heraus die Theorie entwickeln."

Geyer reagierte auf diese Anregung und erklärte, gegen sie polemisierend:

„Bringmann meinte, wir sollten versuchen, eine Verständigung zu finden, glaubt aber, daß das schwer möglich sei schon auf Grund der Theorie der Partei, und er bezeichnete die Theorie des Klassenkampfes als ein trennendes Moment. Diese Theorie sei einseitig, sie schließe die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht ein (sehr richtig!). Diese Auffassung teile ich nicht. (Bringmann: Aber Kautsky teilt sie!) Kautsky ist nicht die Partei. (Zuruf: Aber doch der Vertreter der Partei!)"

Endlich spann Paeplow den Bringmannschen Faden weiter, indem er erklärte:

„Bringmann hat gestern das richtige Wort gesagt, was noch öfter gesagt werden muß, daß wir noch keine gewerkschaftliche Theorie haben, daß die erst geschaffen werden muß. Wir werden mit unserer Theorie selbstverständlich die der Partei zu beeinflussen suchen."

Merkwürdigerweise, das sei nebenbei bemerkt, fügte Paeplow an dies Versprechen, die Gewerkschafter würden sich eine neue Theorie schaffen, ganz unmittelbar einen heftigen Ausfall gegen die Theoretiker, die neue Theorien erfinden, gegen die „kranken Hühner in der Partei (Heiterkeit), die glauben, daß sie die Weisheit erfunden, daß sie eine neue Theorie entdeckt haben und auf den Markt bringen müssen".

Er sucht diese „kranken Hühner in der Leipziger Volkszeitung und im Vorwärts, wohl auch in der Neuen Zeit, aber er irrt sich offenbar in der Oertlichkeit. Gerade uns Marxisten hat man ja so oft vorgeworfen, daß wir bei der alten, bewährten Theorie oder, wie man sagt, den „verknöcherten Dogmen" stehen bleiben, daß wir sie nicht durch „neue Theorien" und „neue Weisheit" revidieren. Ist das Erfinden neuer Theorien eine Hühnerkrankheit, dann sind also die krankmachenden Hühnerställe in anderen Redaktionen zu suchen als in den genannten.

Doch dies nur nebenbei.

Wir finden also in gewerkschaftlichen Kreisen das Bedürfnis nach einer neuen gewerkschaftlichen Theorie, die erst geschaffen werden soll, von der keiner auch nur die leiseste Ahnung hat, wie sie aussehen wird, von der aber die betreffenden Gewerkschafter schon ganz genau wissen, daß sie von der Theorie der Partei abweichen wird. Das bezeugt, daß manche Gewerkschafter sich durch die Partei und ihre Theorie beengt fühlen, aber noch nicht wissen, wo sie eigentlich der Schuh drückt.

Bringmann fühlt freilich das Bedürfnis, damit dieser Gegensatz der erst zu schaffenden gewerkschaftlichen Theorie zu der bestehenden Parteitheorie nicht ganz aus der Luft gegriffen erscheint, sich dafür auf mich zu berufen. Ich soll die Auffassung vertreten, „die Theorie des Klassenkampfes schließe die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht ein", oder: „die radikale Gruppe in der Partei kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen".

Es wäre sehr freundlich, wenn er angeben wollte, wo und wann ich etwas Derartiges geschrieben. Weder ich noch auch einer meiner Freunde hat jemals solche Anschauungen verzapft. Die sind Bringmanns ureigenstes Fabrikat.

Die Theorie, auf deren Boden ich mit der ganzen „radikalen Gruppe in der Partei" stehe, die marxistische Theorie des Klassenkampfes, ignoriert nicht nur nicht die gewerkschaftliche Tätigkeit, sondern betrachtet sie als ein wichtiges, ja unentbehrliches Moment des proletarischen Klassenkampfes. Schon vor dem Kommunistischen Manifest haben Friedrich Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England" und Marx in seinem „Elend der Philosophie" die Grundlagen zu einer Theorie der gewerkschaftlichen Tätigkeit gelegt, beide haben dann ihre Auffassung vertieft und vervollkommnet und in der Internationale ihren Grundsätzen ensprechend die moderne internationale gewerkschaftliche Bewegung begründet. Und nur durch die Theorie des Klassenkampfes wird die gewerkschaftliche Bewegung verständlich.

Allerdings ist nicht jede gewerkschaftliche Bewegung von vornherein schon ein Klassenkampf. Sie entspringt mit Naturnotwendigkeit dem Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, aber die aus diesem Gegensatz entspringenden Kämpfe werden erst zu wirklichen Klassenkämpfen, wenn das Klassenbewußtsein erwacht und sie lenkt; wenn die Kämpfenden das Bewußtsein erhalten, daß es nicht bloß zufällige oder willkürliche Faktoren sind, die sie bekämpfen, daß sie nicht bloß für sich kämpfen, sondern auch für ihre Klassengenossen, daß diese ihrerseits auch an dem Siege ihrer Kameraden interessiert sind, und daß ein endgültiger Sieg über den Gegner nur möglich ist als Sieg der gesamten Klasse.

Zwischen den politischen und den gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats besteht nun der Unterschied, daß die ersteren von vornherein dem Klassenkampf dienen und daher notwendigerweise früher oder später eine Schule des Klassenbewußtseins werden, wenn sie ihm nicht direkt entspringen, indes das bei den Gewerkschaften nicht notwendigerweise der Fall ist. Im Staate stehen dem Proletariat nicht einzelne Kapitalisten oder Kapitalistengruppen gegenüber, sondern die Herrschergewalt ganzer großer Klassen; und die Macht des Staates erstreckt sich nicht bloß über ein einzelnes wirtschaftliches Gebiet, sondern über die mannigfachsten Gebiete gesellschaftlichen Wirkens, die oft direkt — wie zum Beispiel die Schule — sehr wenig mit der Wirtschaft zu tun haben, alle aber in das proletarische Interesse tief eingreifen. Wohl können die politischen Organisationen ebensowenig, ja noch weniger als die gewerkschaftlichen, jemals die Gesamtheit des Proletariats umfassen. Aber die Majorität, aus denen sie besteht, kann im politischen Kampfe nicht bloß ihre eigenen, besonderen Interessen vertreten, sie muß stets für die Interessen der Gesamtheit der Klasse, ja infolge der eigentümlichen Lage des Proletariats als unterste aller Klassen, die Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten eintreten. So wird der politische Kampf zu dem Kampfe einer Minderheit im Interesse der Gesamtheit, zu einer Schule der Selbstlosigkeit und des Idealismus. Auf der anderen Seite erweitert er den politischen Horizont der Kämpfenden, da er sie über das enge Problem hinaus: Wie verbessere ich am besten meine persönliche Lage? zu dem ungeheuren Problem erhebt: Wie gestalte ich den Staat um? Wie benutze ich den umgestalteten Staat zur Umgestaltung der Gesellschaft?

Der gewerkschaftliche Kampf zeitigt nicht notwendigerweise die gleichen Folgen, obwohl er demselben Klassengegensatz entspringt wie der politische Kampf. Er ist zunächst nur ein Kampf der Organisierten um ihre eigenen, persönlichen Interessen, höheren Lohn, kurze Arbeitszeit, bessere Behandlung und dergleichen. Welche Haltung die gewerkschaftlich Organisierten gegenüber der gesamten Arbeiterklasse annehmen, welche Resultate daraus für diese erwachsen, das ist nicht von vornherein durch das Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes bestimmt. Es sind wesentlich Einflüsse, die von außen auf die Gewerkschafter einwirken, namentlich politische Einflüsse, die bestimmen, welchen

Bildungsbestrebungen des Proletariats.

Von Fritz Bergler.

Es ist herzerfrischend, zu bemerken, in welch emsiger Weise die Arbeiterschaft an ihrer Weiterbildung arbeitet, um die schier unheilbaren Schäden nach Kräften wieder gutzumachen, welche die „Volksschulbildung" des Pantinen-Gymnasiums ihrem Geiste geschlagen.

Dabei darf und soll keineswegs verkannt werden, daß die heutige Volksschule und speziell die in den Großstädten sich sehr vorteilhaft bezüglich der Unterrichtsmethode sowohl als auch des Lehrstoffs abhebt von der vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren und noch weiter zurückliegenden. Aber erstens mußte ein großer Teil der jetzt im vorgeschritteneren Lebensalter stehenden Arbeiterschaft just jene antiquierte Volksschulbildung der Vergangenheit über sich ergehen lassen, welche ihr Hauptziel darin erblickte, das jugendliche Menschenhirn bis zum Ueberdruß voller Bibelsprüche und Gesangbuchverse zu stopfen, und zweitens rekrutiert sich auch die jüngere Generation der Arbeiterschaft keineswegs ausschließlich aus dem heranwachsenden Proletariat der Großstädte, sondern zu einem guten Teile aus kleineren Städtchen oder vom flachen Lande, wo auch heute noch die Verhältnisse leider viel, sehr viel, mitunter — wie in Ostelbien und andern interessanten Gegenden — noch alles zu wünschen übrig lassen.

Der Durst nach Wissen und das Forschen nach Wahrheit ist daher heute in der Arbeiterschaft mindestens noch ebenso berechtigt, wie jemals zuvor. Ja, er wird naturgemäß immer dringender angesichts der mit Siebenmeilenstiefeln vorwärtsmarschierenden Wissenschaft. Bildung und Wissenschaft sind die besten Hilfsmittel zur Emanzipation des Proletariats und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, das nachzuholen aus eigenem Antriebe, was Staat und Kirche seit ihrem Entstehen freventlicherweise an den Massen gesündigt, dem bekannten Worte jenes ostelbischen Granden nachlebend: „Der dümmste Arbeiter ist mir der liebste!"

Und man darf es getrost aussprechen: Seitdem die Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein erwacht ist, haben auch ihre Bildungsbestrebungen einen immer größeren Aufschwung und immer kühneren Flug in die weiten Gefilde des Wissens genommen. Kaum ein Ort, wo das moderne Fabrikproletariat einigermaßen in Betracht kommt, der nicht auch seinen Arbeiterbildungsverein hat. In den Zentren der Industrie aber, in den Großstädten, arbeiten diese Bildungsvereine bereits seit langem ganz systematisch an der Weiterbildung des Proletariats und es sind wahrlich nicht die schlechtesten Vorkämpfer und Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften, welche durch diese Volks-Universitäten für den Tageskampf herangebildet wurden und in stets steigender Zahl noch immer herangebildet werden.

Das Lehrpersonal dieser Anstalten rekrutiert sich gegenwärtig zu einem sehr erklecklichen Prozentsatz aus akademisch oder mindestens seminaristisch Gebildeten und ihre Lehrpläne umfassen neben Stenographie, Nationalökonomie und Geschichte häufig bereits ziemlich abstrakte Wissensgebiete, an die man früher kaum zu denken wagte.

Leider sind aber diese Bildungsanstalten einmal noch lange nicht genügend gewürdigt von denen, für die sie bestimmt und erreichbar sind, und weiter stehen die Resultate der Bildungsvereine kleinerer Städte meist in keinem gesunden Verhältnis zu den für ihren Unterhalt und ihre Existenz erforderlichen Aufwendungen. Mit andern Worten: sie leisten zu wenig. Das resultiert zumeist wohl aus dem Mangel passender ortsansässiger Lehrkräfte und der daraus sich ergebenden Einseitigkeit ihrer Bestrebungen. In der Regel ist man gewöhnlich heilfroh, wenn man es zu Buchführungs- und Stenographiekursen bringt.

Niemand aber wird behaupten können, daß man mit diesen Dingen, so nützlich und brauchbar sie für das tägliche Leben auch sein mögen, die Bildungsfrage lösen kann. Dazu muß die Sache denn doch von einem andern Ende angepackt werden.

Die Bildung soll uns frei machen! Frei zunächst von dem hirnverkleisternden dogmatischen Glaubenskram, der logisches Denken systematisch ertötet, und damit frei von dem Gängelbande, an dem die Herren in Tonsur oder Bäffchen ihre gläubigen Schäflein in jene Bahnen zu lenken wissen, die dem Kapital und dem Klassenstaate stets willige Ausbeutungs- und Unterdrückungsobjekte liefern!

In der neuesten Zeit sind denn auch von berufenen Seiten eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, die auf die Schaffung von Wanderkursen hinauslaufen. Aber auch von diesen Projekten ist es zurzeit wieder still geworden, denn ihre Ausführung würde allzu große Kosten verursachen und im Kleinen an dem gegenwärtigen Stande der Dinge sehr wenig ändern.

Da kommt nun den Bildungsbestrebungen des Proletariats der private Unternehmungsgeist einzelner zu Hilfe, und zwar nicht nur durch mündliche Vorträge, sondern zugleich damit durch den Anschauungsunterricht mittels Lichtbildern.

Seit Jahren schon reisen Leute mit oder ohne Doktortitel mit Lichtbildern von Stadt zu Stadt, um ihren Zuschauern fremde Gegenden, Städte und Länder zu zeigen. Durch die kunterbunte Abwechslung ihres Programms schaffen sie sich leicht ein dankbares Publikum, aber dieses hat gerade infolge des durcheinander gewürfelten Stoffes niemals einen bleibenden Nutzen in geistiger und wissenschaftlicher Beziehung von ihren Darbietungen. Ein solcher kann nur aus systematischer Weiterbildung von einem Lehrstoff zum andern erfolgen.

Es gibt aber auch Unternehmen, welche an der Hand bis zu 16 Quadratmeter großer Riesenlichtbilder die Hörer und Zuschauer beiderlei Geschlechts von der Astronomie durch die Erdgeschichte hinüberleiten zur Weltgeschichte, und zwar von den frühesten Kulturspuren bis zur Gegenwart.* Damit wird ein großes Wissensgebiet vom Boden der materialistischen Kultur- und Geschichtsauffassung aus den Massen systematisch nähergebracht und diese haben nur nötig zuzugreifen, um das Gebotene sich nutzbar zu machen.

Die Hauptsache dabei ist jedoch, daß man es nicht bei irgendeinem Probeabend bewenden läßt, sondern wenigstens ein enger umgrenztes Wissensgebiet, zunächst also Astronomie, dann Erdgeschichte usw. zur kompletten Darstellung bringt, mithin mehrere aufeinanderfolgende Abende veranstaltet. Wir kennen sowohl größere Gewerkschaftszahlstellen als auch örtliche Gewerkschaftskartelle, die dabei sehr gute Erfolge erzielten. Ihnen müssen sich die Bildungsvereine anschließen, ja, wenn irgend möglich, sogar vorangehen.

Daß derartige Vorführungen speziell für Freidenkervereine, monistische Gesellschaften, freireligiöse und deutschkatholische Gemeinden von höchstem agitatorischen Werte sind, erhellt schon aus unsrer skizzenhaften Kennzeichnung des Lehrplanes, wird aber ganz besonders augenfällig bei den Vorführungen selber, die in allen Gegenden Deutschlands steigendes Interesse erwecken und daher gar nicht schnell genug für die einzelnen Vereine gesichert werden können.

Ist das Eis einmal gebrochen und die Scheu vor dem Risiko überwunden, so werden diese wissenschaftlichen Lichtbilderdemonstrationen sicherlich unter den Bildungsbestrebungen des Proletariats den ihnen gebührenden ehrenvollen Platz einnehmen. Unsre Leser aber auf dieses modernen Hilfsmittel aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, ist der Zweck dieser Zeilen. Mögen sie wenigstens überall da, wo sie welchen besitzen, ihren Einfluß geltend machen zur probeweisen Arrangierung eines oder zweier Lichtbilderabende. Der Appetit kommt dann schon beim Essen, wie man so zu sagen pflegt.

---

* Wir nennen als ein derartiges Unternehmen: Schriftsteller Karl Thiel, Dresden-F., Weißeritzstraße 11 (vom 1. Oktober d. J. ab Dresden-N., Körnerstraße 2). Der Lehrstoff ist nach pädagogischen Grundsätzen so angeordnet, daß die Hörer und Zuschauer zunächst über die Entstehung der Weltkörper vom Lichtnebel angefangen bis zur Bildung eines ganzen Planetensystems unterrichtet werden, darauf schrittweise den Werdegang unsrer Mutter Erde verfolgen können vom feuerflüssigen Glutenball angefangen bis zur Erstarrung der Erdkruste und dann durch die verschiedenen geologischen Epochen hindurch bis zum Vorkommen der Menschen auf Erden. Auch der Werdegang des Menschengeschlechts selber vom Protoplasma und der Amöbe, also von der Einzelzelle angefangen durch die verschiedenen Stufen des Tierreichs hindurch bis zu seiner jetzigen Vollkommenheit wird durch die sichergestellten Forschungen der Wissenschaft an der Hand von Riesenlichtbildern dem Verständnis in fesselnder Weise nähergebracht, den ältesten Kulturspuren nachgegangen und so eine monumentale Geschichte der Menschwerdung entrollt, gegen welche natürlich der kindlich-naive Schöpfungsmythus der Bibel schon am ersten Abend zum Schemen verblaßt.

Charakter die Gewerkschaften annehmen, ob sie sich von der Masse des Proletariats abschließen, sich über diese und auf ihre Kosten erheben, zu einer engherzigen Aristokratie werden und damit schließlich nach einer mehr oder weniger kurzen Blütezeit erstarren und unfruchtbar, ja schließlich hemmend werden, oder ob sie sich zu einer Elite von Vorkämpfern gestalten, die die ganze Arbeiterklasse erhebt, auf diese Weise ihren Wirkungskreis stetig erweitert, immer neue und größere Kräfte aus diesem Boden schöpft, in und mit der gesamten Arbeiterklasse unaufhaltsam emporwächst.

Eben jetzt veröffentlicht Genosse Hué in der Metallarbeiterzeitung Briefe aus England, die den Gegensatz zwischen den zünftigen, bornierten Gewerkschaften Englands und den dem Boden des Klassenkampfes entsprungenen Gewerkschaften Deutschlands in sehr interessanter Weise klarlegen und bestätigen, was andere sozialdemokratische Kritiker des englischen Gewerkschaftslebens schon längst gesagt. Mit Recht hebt er die heutige Ueberlegenheit der deutschen gegenüber den englischen Gewerkschaften hervor. Aber wem verdanken jene ihre Ueberlegenheit, wenn nicht der Sozialdemokratie, der sie entsprungen sind, die ihnen Klassenbewußtsein und weiteren Blick verlieh und sie vor der zünftigen Beschränktheit bewahrte? Die Kampfes- und Entwicklungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften gehört mit zu jenen großen, praktischen Resultaten, auf die die deutsche Sozialdemokratie heute schon mit berechtigtem Stolze zurückblicken kann.

Der Charakter der Gewerkschaften ist also nicht von vornherein gegeben. Sie können ein Mittel des Klassenkampfes, können aber auch ein Hemmnis für ihn werden. Welchen Charakter sie annehmen, das ist aber keineswegs gleichgültig für den proletarischen Klassenkampf und dessen klarsten und entschiedensten Vertreter, die Sozialdemokratie. Denn ohne Gewerkschaften ist ein sieghafter Klassenkampf unmöglich. Können auch die Gewerkschaften, ebensowenig wie irgend eine andere Organisation, jemals dahin kommen, daß sie die Gesamtheit des Proletariats umfassen, wird dieses stets breite Schichten enthalten, die durch die kapitalistische Tretmühle unfähig gemacht werden, sich zu organisieren, so bilden die Gewerkschaften doch diejenige Form, die am ehesten imstande ist, alle organisierbaren Elemente des Proletariats zu gemeinsamem Wirken zusammenzufassen. In viel höherem Grade als die politischen Organisationen können sie zu Massenorganisationen werden, und ohne sie ist es unmöglich, daß der kämpfende Teil des Proletariats das Maximum an Kraft und Schlagfertigkeit erhält, dessen er fähig ist.

Weit entfernt also, daß die Theorie des proletarischen Klassenkampfes die Gewerkschaften ausschließt, baut sie sich vielmehr auf ihnen als einem unentbehrlichen Faktor dieses Kampfes auf.

Das ist keine neue Theorie, das ist eine Auffassung, so alt wie der Marxismus, zu der auch ich mich stets bekannt habe. Ich darf den Genossen Bringmann darauf verweisen, daß ich im Januar 1894, in einer Zeit wirtschaftlicher Decadence in Deutschland, als in den Augen mancher Parteigenossen die Aussichten für die Gewerkschaften sehr trübe waren, daß ich damals auf das entschiedenste vor jeder Unterschätzung der Gewerkschaften warnte, ihr Wachstum prophezeite und ihre Unentbehrlichkeit für den Klassenkampf und unsere Partei hervorhob. (In der Neuen Zeit, XII, 1, S. 577 ff. in dem Artikel: Kapitalismus fin de siècle. IV. Die Zentralisation des Kapitals und die Gewerkschaften".)

Es ist also umgekehrt, wie es Bringmann darstellt: weder ich noch sonst einer der Marxisten hat jemals die gewerkschaftliche Bewegung an sich außerhalb des Klassenkampfes gestellt. Wir haben bloß von einer bestimmten Form der gewerkschaftlichen Bewegung ausgesagt, daß sie außerhalb des Klassenkampfes steht, ja ihn hemmt, und das ist jene zünftige Form, die sich selbst außerhalb des Klassenkampfes stellt, von ihm nichts wissen will. Das ist aber gerade jene Form der gewerkschaftlichen Bewegung, die wir bekämpfen und bekämpfen müssen. Je tiefer man durchdrungen ist von der Bedeutung der Gewerkschaften, je mehr man erkennt, daß ohne sie ein erfolgreicher Klassenkampf nicht möglich ist, je klarer man endlich sieht, daß die Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem Klassenkampf nicht notwendigerweise von vornherein gegeben ist und daß sie sehr viel von äußeren, namentlich politischen Einflüssen abhängt, desto weniger kann man als Sozialdemokrat ruhig der Entwicklung der Gewerkschaften zusehen und sie sich selbst überlassen, desto energischer muß man in ihnen alle Tendenzen und Ansätze zu zünftiger Beschränktheit und exklusivem Aristokratentum bekämpfen.

Dies die Anschauungen von Klassenkampf und Gewerkschaften, denen ich anhänge. Sie haben offenbar nicht das mindeste gemein mit jenen, welche auf der Konferenz als die meinen ausgegeben wurden, um dadurch den Marxismus zu kompromittieren.

Wirtschaftliche Rundschau.

Steigende Eisenbahneinnahmen — Rekordziffern der Eisengewerbe — Kohlenproduktion — Aussichten der Elektroindustrien — Gute Baumwollernte — Getreideernte, Fleischnot.

Jeder neue Tag bringt aus Unternehmerkreisen und für Unternehmer fast nur neue günstige Nachrichten.

Die Einnahmen der preußischen Eisenbahnverwaltung haben im Juli eine nie zuvor gekannte Höhe erzielt, und zwar wurzelt die Steigerung vorwiegend in dem Anschwellen des Güter-, nicht des Personenverkehrs (Julieinnahmen aus dem Gütertransport 95,9 Millionen Mk. gegen 86,4 Millionen Mk. im Vorjahre, also 11 Proz. mehr — aus der Personenbeförderung 57,44 Millionen Mark gegen 53,95 Millionen Mk. im Vorjahre, also 6,5 Proz. mehr).

Die deutsche Monatsproduktion an Roheisen, die 1904 meist zwischen 800 000 und 900 000 Tonnen stand — im Februar 1904 sogar unter 800 000 Tonnen und 1904 niemals höher wie 871 000 Tonnen —, die dann im Mai 1905 zum ersten Male 900 000 Tonnen, im Oktober 1905 1 Million Tonnen überschritt, bleibt jetzt dauernd auf dem letzterwähnten ungewöhnlichen Niveau. Der Juliausweis mit 1 041 447 Tonnen stellt gleichfalls den bisher überhaupt erklommenen Gipfel dar. Man wird jetzt das zu erwartende Jahreserzeugnis für 1906 ruhig auf 12 bis 12¼ Millionen Tonnen schätzen können, während 1903 und 1904 10 Millionen Tonnen ganz wenig überschritten, und 1905 elf Millionen Tonnen noch nicht ganz erreicht wurden. Aber bereits seit 1903 haben wir damit England überflügelt, hinter dem wir 1902 noch ein wenig zurückblieben. Nur die Vereinigten Staaten von Amerika sind uns auf diesem Gebiete überlegen, sogar ganz gewaltig überlegen (Roheisenproduktion 1902/03 18 Millionen Tonnen, nach einem kurzen Rückschlag im Zwischenjahr 1904 sogar über 23 Millionen Tonnen 1905). Wie es scheint, ist im Augenblick die Grenze unserer Produktionsfähigkeit erreicht; auf amerikanische Anfrage hat neuerdings das Düsseldorfer Roheisensyndikat erklären müssen, es sei zu jeglichem ferneren Angebot außerstande, aus dem einfachen Grunde, weil es für die ganze nächste Zeit ausverkauft sei. Allerdings werden in Kürze mehrere im Bau begriffene Hochöfen modernster Anlage in Betrieb gesetzt werden, aber die Verbraucher fürchten dennoch ein weiteres Preisanziehen vom 1. Januar ab; für Hämatit und Gießereieisen I hat das Syndikat nach Mitte August den Preis bereits um abermals 3 Mk. gesteigert; die Eisengießereien des Westens haben schon Ende August den Preis für Handelsgußwaren, Bau- und Maschinenguß um 2 Mk. pro 100 Kilogramm aufgeschlagen. Die mittleren und kleineren Walzwerke sollen auf vier bis fünf Monate, die großen Werke bis tief in das nächste Jahr hinein mit Aufträgen versehen sein. Für Stabeisen, Grob- und Feinbleche, Bandeisen, Trägereisen, Walzdraht kommen die Fachberichte stets zu dem gleichen Schlußrefrain: flottester Absatz und reichlichste Bestellungen, ununterbrochenes Emporstreben der Preise. Der Verzicht auf die Ausfuhr wird wieder mehr und mehr, wie beim vorigen Aufschwung, lediglich ein Anzeichen dafür, daß der Inlandabsatz lohnender als der Export ist; der Wegfall der Ausfuhrvergütungen — wie für das nächste Vierteljahr beim Roheisensyndikat, nachdem das Kohlensyndikat vorangegangen ist — wird deshalb mit ziemlichem Gleichmut hingenommen. Selbst die gänzliche Auflösung eines Verbandes, wie seit dem 1. Juli bei der Drahtstiftfabrikation, ist den Interessenten zunächst gleichgültig, weil der freie Markt bereits reichliche und überreichliche Profite sichert. Der Maschinenbau scheint jetzt allgemein von der Prosperitätswelle erfaßt und getragen zu sein, nachdem vorher nur die Fabrikation von Spezialitäten sich großer Erfolge rühmte.

Für unseren wesentlichsten Brennstoff, die Kohle, läßt sich jetzt das Jahres-Teilergebnis bis Ende Juli zusammenstellen. Da, wie so oft erwähnt, das Vorjahr 1905 die Unterbrechung durch den einmonatigen Streik einschließt, so hebt sich das laufende Jahr um so frappanter über alle seine Vorgänger empor. Es wurden nämlich erzeugt:

Januar-Juli	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Briketts
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
1902	60 228 861	23 623 831	5 054 359	4 992 619
1903	65 847 206	25 205 385	6 535 765	5 740 645
1904	68 807 303	27 028 148	7 035 239	6 354 122
1905	67 358 403	28 717 990	7 976 165	7 097 135
1906	78 776 251	31 523 659	11 485 784	8 189 944

Es sei bei dieser Gelegenheit nochmals auf das Vordringen der Braunkohle aufmerksam gemacht. Wenn bis 1902 die Braunkohle über ein Drittel der Steinkohlenproduktion kaum hinausgelangte, so stellt sie heute rund 40 Proz. der Steinkohlengewinnung dar. Kein Wunder, daß auch die Arbeiter dieser Grubenbezirke zu regerem Leben erwachen. — Wir dürften uns nunmehr im Geschwindschritt der gleichen „Kohlennot" wie in den Hochkonjunkturjahren 1899/1900 nähern. Die gegenseitigen Anklagen zwischen Erzeugern und Verbrauchern haben gleichfalls schon längst begonnen: man beschuldigt das Syndikat einer allzu reichlichen Ausfuhr, während der letzte Bericht an die Essener Zechenbesitzerversammlung die systematische Vorratsanhäufung und die Einforderung der vertraglich zustehenden Mehrmengen seitens der preußischen Staatsbahnverwaltung als Ursache vieler augenblicklicher Verlegenheiten bezeichnet, von dem fortbestehenden Wagenmangel ganz abgesehen.

Von dem Aufblühen der Elektrizitätsgewerbe sprachen wir schon häufig. Ihre ferneren Hoffnungen drücken sich deutlich in dem Geschäftsbericht einer Bundesgenossin der großen A.-E.-G., der Züricher Bank für elektrische Unternehmungen, aus. Hier heißt es unter anderem: „In technischer Beziehung scheinen Erfindungen auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung, die eine Verbilligung derselben durch Verringerung des Stromverbrauches bezwecken, dieser neue Bahnen zuweisen zu wollen. Die elektrische Kraftübertragung steckt sich von Tag zu Tag weitere Ziele: Entfernungen von einigen hundert Kilometern bieten kaum noch ernsthafte Schwierigkeiten, und Technik und Finanz wagen bereits, die Verwertung von Wasserkräften auf weit größere Entfernungen in Erwägung zu ziehen. Die Lösung des Problems des elektrischen Vollbahnbetriebes hat weitere praktische Förderung erfahren. In Deutschland sind die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Siemens-Schuckert-Werke, nachdem erstere schon in England den Auftrag zur Einrichtung einer elektrischen Bahn erhalten, mit den Installationen für elektrischen Betrieb von Staatsbahnen in und bei Hamburg betraut worden. . . . Das Gelingen dieser Versuche und Bestrebungen würde den Konstruktionsfirmen auf viele Jahre hinaus volle Beschäftigung auf dem Gebiete der elektrischen Zugsförderung sichern; denn der Ersatz des Dampfbetriebes der Eisenbahnen durch den elektrischen Betrieb unter Ausnutzung der vorhandenen Wasserkräfte ist von so großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß er mit allen Mitteln angestrebt werden sollte, sobald durch praktische Erfahrungen einwandfrei festgestellt ist, daß Elektrizität als Zugkraft von Vollbahnen zum mindesten nicht teurer und dabei ebenso zuverlässig wie Dampf ist. Neue Bahnen sehen denn auch häufig den elektrischen Betrieb schon von vornherein vor, um die Kosten doppelter Einrichtungen zu ersparen." Der Geschäftsbericht glaubt, daß selbst eine Konjunkturänderung milder wie nach 1901 sich vollziehen werde, weil in den Elektroindustrien diesmal „Uebergründungen und Finanzierungen unsicherer Unternehmungen im wesentlichen vermieden worden seien.

Unseren Textilindustrien winkt eine reichliche Baumwollernte — nach der Augustschätzung der Washingtoner Regierung von 11½ bis 12,2 Millionen Ballen in den Vereinigten Staaten, gegen 10,8 Millionen Ballen im mittelguten Vorjahr 1905, und 13,6 Millionen Ballen im ganz abnormen Höchstjahr 1904. Die Baumwollpreise erfuhren deshalb, am fühlbarsten Mitte August, einen wesentlichen Rückgang.

Die Getreide-Welternte wird nach wie vor sehr hoch geschätzt. Dagegen ist die Fleischnot im wesentlichen geblieben wie sie war; nach einzelnen Preisabbröckelungen verschiedener Fleischarten haben vielfach schon wieder neue Verteuerungen eingesetzt. Nach den nunmehr vorliegenden statistischen Mitteilungen im Reichsanzeiger für das 2. Vierteljahr 1906 war, seit dem zweijährigen Bestehen der Beschaustatistik, noch in keinem Quartal die Zahl der Schweineschlachtungen so gering. Es sind rund 306 000 Schweine weniger beschaut worden als im 1. Vierteljahr 1906, 161 000 weniger als im 2. Vierteljahr 1905, in dem die Fleischnot begann. Vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905 wurden 14,98 Millionen Stück Schweine der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterworfen, im gleichen Zeitraum 1905/06 nur 12,73 Millionen Stück — nicht zu vergessen, daß unterdes die Bevölkerung Deutschlands um etwa 850 000 gestiegen ist! Dazu wurden im 2. Quartal 1906 68 000 Kälber und 7000 Rinder weniger geschlachtet wie das Jahr vorher; nur Schafe schlachtete man 2000 mehr und Ziegen 18 000 mehr. Da die Kosten der Fleischnahrung schon in nicht ganz schlecht gestellten Arbeiterfamilien die Kosten der Brot- und Mehlnahrung übersteigen, so verschluckt allein dieser eine Aufwandsposten einen ganz wesentlichen Teil etwaiger Lohnerhöhungen.

Berlin, 26. August 1906. Max Schippel.

Rundschau.

Schnoddrig. In seiner letzten Nummer bespricht das Korrespondenzblatt der Generalkommission die Stellungnahme der Gewerkschaftspresse zur Veröffentlichung des Protokolls. Es schreibt: „Nur vereinzelte Ausnahmen, wie die Dachdeckerzeitung und der Steinarbeiter stellen sich ungeteilt auf seiten des Parteivorstandes, was bei dem letzteren Blatt nicht viel besagen will." Wenn das Korrespondenzblatt in dieser schnoddrigen Manier über Gewerkschaftsorgane herzieht, die nicht ganz nach seiner Pfeife tanzen, mit welchem Recht will es dann der Parteipresse entgegentreten, über deren Geringschätzung der Gewerkschaftspresse es sich so häufig beklagt?

Tiefer hängen. Zur Veröffentlichung des Protokolls der Vorständekonferenz schreibt der Töpfer: Einige „kleinere" Gewerkschaftsorgane heißen die Veröffentlichung des Protokolls gut, so das Tapeziererorgan und der Steinarbeiter. Worauf wir zu bemerken haben, daß der Steinarbeiter eine Auflage von **22500**, der Töpfer eine solche von nur 11000 hat. Der Töpferredakteur reiht sich recht selbstgefällig und naiv mit seinem Blatte unter die Rubrik „große Gewerkschaftsblätter" ein, wobei wir nur wünschen, daß auch der „Geist" des Töpferredakteurs ein recht „großer" sein möge. — — — Wenn unser Fachblatt eben ein „kleines" Gewerkschaftsorgan ist, so ist das „Töpferorgan", welches um die Hälfte weniger Leser hat, einfach ohne jegliche Bedeutung.

Alkoholbekämpfung und Reichsversicherungsamt. Ueber die Bekämpfung des Alkoholmißbrauches hat das Reichsversicherungsamt an die Versicherungsträger der Unfall- und Invalidenversicherung ein Rundschreiben gerichtet und die Vorstände der Berufsgenossenschaften und die Vorstände der Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung ersucht, über die bisher zu der Frage der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs eingenommene und in Zukunft beabsichtigte Stellung, die getroffenen Maßnahmen und deren bisherigen Erfolg bis spätestens zum 15. Januar 1907 zu berichten. Dabei werden namentlich in den Heilbehandlungsfällen die Heilstätten, die Dauer und Kosten der Behandlung und deren Erfolge anzugeben sein. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wird empfohlen, auf die Frage des Alkoholmißbrauchs unter den Versicherten und seine Bekämpfung auch in den Geschäfts- und Verwaltungsberichten der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung einzugehen, sowie die Ueberwachung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und die dabei gemachten Erfahrungen und erzielten Erfolge zum regelmäßig wiederkehrenden Gegenstand in den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten zu machen.

Wir haben gegen Maßnahmen, die geeignet sind, den Mißbrauch des Alkoholgenusses einzudämmen, zu allerletzt etwas einzuwenden, aber wie bei allen derartigen Schritten von Behörden können wir uns auch hier des Gefühls nicht erwehren, daß die Berufsgenossenschaften in letzter Linie die Anregungen des Reichsversicherungsamtes in irgend einer Weise werden auszunutzen verstehen, um die Renten der Verunglückten zu drücken.

Streikbrecheragenten auf der schwarzen Liste. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe teilt den Unternehmerverbänden mit, daß sich einige Streikbrecheragenten als unzuverlässig erwiesen haben. So soll der italienische Maurerpolier Danilie Puschiasis sich seiner vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Lieferung von Streikbrechern entzogen und unberechtigte Ansprüche (er hat einen besseren Lohn verlangt für seine Judasarbeit. D. R.) erhoben haben, und der Polier Fiala aus Michle bei Prag soll zwar das Geld der Arbeitgeber genommen, aber keine Streikbrecher geliefert haben.

Das ist nun zwar sehr schlecht gehandelt von den Leuten, aber zu wundern brauchte sich der Arbeitgeberbund über solche Schurkenstreiche nicht. Muß er sich doch von vornherein sagen, daß es keine Gentlemen sind, die mit ihm als Streikbrecheragenten in „geschäftliche" Beziehungen treten. Ein anständiger Mensch gibt sich zu solchem Handel gar nicht her. Es können also nur charakterlose Subjekte sein, mit denen der Arbeitgeberbund Geschäfte machen will. Es ist wirklich zu viel verlangt, wenn man bei den Machern solcher unmoralischer Geschäfte auch nur einen Funken Moral voraussetzt. Aber die fehlt etwa nicht nur bei den ausländischen Agenten, sondern auch bei den deutschen Unternehmern.

Zusammenschluß der Bergarbeiterverbände in Deutschland. Aus Bochum meldet man, daß der Vorsitzende der Siebenerkommission, die die Leitung während des großen Bergarbeiterausstandes im vorigen Jahre hatte, aus den Kreisen der Bergarbeiter aufgefordert worden sei, Versammlungen einzuberufen, in denen die Verschmelzungsfrage der verschiedenen Bergarbeiterverbände Deutschlands zu einem einzigen Verbande behandelt werden solle.

Die Berliner Holzbildhauer leiten gegenwärtig eine Bewegung zur Erringung des Achtstundentages ein. Seit 17 Jahren besteht in dem Berufe die 8½stündige Arbeitszeit. Seit einigen Jahren hat sich jedoch eine hochgradige Arbeitslosigkeit, und infolge der kaum noch steigerungsfähigen Intensität der Arbeit eine enorm hohe Krankheitsziffer herausgestellt, die geradezu zur Verkürzung der Arbeitszeit drängen. In zwei Versammlungen sind sich die Kollegen deshalb einig geworden, die Bewegung zur Erringung des Achtstundentages einzuleiten. Angespornt zu dieser Bewegung wurden die Holzbildhauer durch den glänzenden Sieg ihrer Kollegen in der Steinindustrie, die kürzlich den siebenstündigen Arbeitstag mit Leichtigkeit errangen.

Heimliches. Eine für das Zentrum sehr unangenehme Auseinandersetzung findet zurzeit zwischen den bayerischen Landtagsabgeordneten Bühl und Dr. Heim statt. Bühl veröffentlicht einen Brief, in dem ihm Dr. Heim anbietet:

„Wir sind bereit, Ihnen für die Zeit der Kammertagung für jede Reise 10 Mark Tagesdiät, Fuhrwerksvergütung gegen Vorlage der Quittung zu geben, wie es auch bei uns anderweitig gehalten wird, und Vergütung der Reise 2. Klasse, obwohl Sie freie Fahrt haben, als Entschädigung. Außerdem geben wir Ihnen für jeden neugegründeten Darlehnskassenverein 30 Mk. und für je 1000 neu gewonnene Mitglieder im Kreise Oberbayern 200 Mk. usw."

Bühl antwortete:

„Daß ich auf solche Anerbietungen, die mich zum gemästeten Menschen, ja sogar für die Liquidierung einer Eisenbahnfahrt zum Betrüger stempeln würden, niemals eingehe, darüber braucht es keiner weiteren Worte. Mich hat es aber außerordentlich überrascht, daß eine Genossenschaft, welche sich brüstet, dem christlichen Geiste zu dienen, derartige Anerbietungen zu machen wagt."

Die Folge dieses am 17. November 1905 abgesandten Briefes war die sofortige Entlassung Bühls aus dem Beamtenstabe der Ansbacher landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, der Dr. Heim als Direktor vorsteht.

Wir nehmen von diesem Briefwechsel Notiz, um unsern Kollegen zu zeigen, wie die Zentrumschristen mit den Groschen anderer umzugehen verstehen.

Ein Hornvieh. In bürgerlichen Blättern wird berichtet: Ein großartiges Dokument ist einem Erfurter Gärtnereibesitzer zur Aufbewahrung übergeben worden. Es ist das Dienstzeugnis eines bei ihm eingetretenen Gärtners, das um so größeren Wert besitzt, als es das einzige Schriftstück war, das der Mann als Ausweis und Empfehlung vorlegen konnte. Warum es das einzige Zeugnis war, geht aus dem Inhalt der amtlich gestempelten Urkunde hervor, die buchstabengetreu folgendermaßen lautet:

„Der Gärtner V von Kölleda hat vom 7. Juni bis 23. Juni bei mir zu meiner Zufriedenheit gearbeitet und ist hiermit entlassen, seine Papiere die er mitbrachte hat die Kuh gefressen den Inhalt derselbe kenne ich nicht auch soll die Kuh das Vorhemd mitgefressen haben dies bescheinigt hiermit

(ein kleiner Ort im Kreise Eckartsberga) den 25. Juni 1906

Julius X. Mühlenbesitzer

bescheinigt Y.

Dorf Schulze.

Der Dorfschulze hat wirklich salomonisch gehandelt.